



**Arbeitsplatz
prekär**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Juli/August
2008**

Inhalt:

Ist prekär denn wirklich schon normal?	S. 3
Nach wie vor prekär: der Status Honorarlehrkraft von Miriam Herrmann	S. 5
Prekäre Einstellungspraxis im Förderschulwesen Bündnis für eine faire Einstellungspraxis im Förderschulwesen hat sich formiert von Stephan Stadlbauer	S. 7
Vom zweifelhaften Glück, eine junge Förder- schullehrerin in Bayern zu sein Interview mit Jutta Kunzelmann	S. 9
SeiteneinsteigerInnen – billiger Notnagel oder frisches Potenzial? von Margarete Gardel-Schwaiger	S. 11
Eckpunkte für ein neues Dienstrecht: Unterrichten bis 68? von Gele Neubäcker	S. 13
Klage gegen Konkordatslehrstuhl von Alexander von Pechmann	S. 14
Auf dem Weg zum gläsernen Bürger: Der gläserne Schüler von Michael Schätzl	S. 15
Alter leben – Verantwortung übernehmen Motto des nächsten SeniorInnentags der GEW von Hannes Henjes	S. 16
Jugend und Schulden von Claudia Caspari	S. 18
Kurzberichte und Leserbriefe	S. 19
Dies und Das	S. 20
Veranstaltungen	S. 22
Glückwünsche und Dank	S. 23
Kontakte	S. 24

Nachtrag zum Artikel »¡Arriba los pobres del mundo!«

in der letzten Ausgabe: Das Nicaragua-Komitee Aschaffenburg hat ein neues Spendenkonto für die Unterstützung der Kindertagesstätte »hermandad sindical ANDEN-GEW« in Juigalpa/Nicaragua: Nord-Süd-Forum Aschaffenburg, Kto-Nr. 703 777, Sparkasse Aschaffenburg, BLZ 795 500 00, Stichwort: Nicaragua

Die ausführliche und sehr informative Langfassung des Artikels haben wir ins Internet gestellt.

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Langfristige Lebensplanung ist nicht drin – darunter

leiden alle, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, egal ob es sich um junge HochschulabgängerInnen mit befristeten Verträgen, um ErzieherInnen auf unfreiwilligen Teilzeitstellen oder um Honorarkräfte handelt. Stets droht der soziale Absturz – sei es, weil der befristete Job »normal« ausläuft, sei es weil eine Krankheit vom Arbeitgeber nicht akzeptiert wird und er deshalb keinen Folgevertrag abschließt. Dies bedeutet eine dauerhafte Stress-Belastung für die Betroffenen. Jene von den Krankenkassen konstatierte Zunahme depressiver Krankheitsbilder ist sicher auch auf diese Form prekärer Arbeitsverhältnisse zurückzuführen.

Doch nicht nur die direkt Betroffenen leiden unter den Folgen dieser Verhältnisse, sondern auch deren KollegInnen, die sich in vorgeblich gesicherten Positionen in Einrichtungen, Betrieben und auch Schulen befinden – selbst dann, wenn sie es häufig noch nicht wahrhaben wollen. Denn wo ist heute noch sicher, dass Arbeitsaufgaben auch weiterhin im Rahmen sogenannter »Normalarbeitsverhältnisse« erledigt werden, wenn andere Formen sich als billiger und flexibler herausstellen?

Selbst der Schulbereich lässt sich aus dieser Entwicklung nicht ausklammern. Nicht nur die in diesem Heft beschriebenen Praktiken an Förderschulen, auch die Art, wie in dringend benötigten Ganztagschulen in Bayern ein Teil der pädagogischen Arbeit organisiert wird, lässt da alle Alarmglocken klingen.

Wenn auch der Versuch des Kultusministeriums, den Lehrermangel

z. B. an Berufsschulen durch Zeitarbeitskräfte zu beheben (siehe die nebenstehende Anzeige in der AZ), aktuell an fehlenden Lehrkräften gescheitert scheint, gibt es keinerlei Garantie dafür, dass nicht zu gegebener Zeit auf dieses

Modell – da es jetzt schon mal gedacht ist – zurückgegriffen wird. Nicht nur deshalb gehen prekäre Beschäftigungsverhältnisse alle an.

Karin Just

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Gesundheit • Bildung und Erziehung in Kitas • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifende Klassen • SchülerInnen und Mitbestimmung • Bürgerschaftliches Engagement • Lebenszeit/Arbeitszeit – Arbeitszeitmodelle.

Sie werden gesucht!
Lehrer für das Einsatzgebiet Hessen mit 1./2. Staatsexamen oder Magister/Diplom mit Lehrerbildung
- Grundschulen - Förderschulen - Gymnasien - Realschulen
Für das Einsatzgebiet Unterfranken
Lehrer mit 1./2. Staatsexamen oder Magister/Diplom mit Lehrerbildung - Sport - Religion
Berufsschullehrer mit Metall Theorie und Praxis
Alle alpha-Vertragskonditionen werden durch Weiterbildung gefördert.
Unsere Verbindungen sind Ihre Chance!
☎ (0 89) 83 00 98 - 36
www.personnel-services-alpha.de
Waldstr. 225 • 82671 Oberbach

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München,

☎ 0 89-5 44 0 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87 e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Ist prekär denn wirklich schon normal?

Sozialpädagoge in prekärer Situation: Das bin ich – Arbeitnehmer bei einem der größten Wohlfahrtsverbände. Befristet auf ein Jahr, da das Projekt, in dem ich arbeite, nur für zwölf Monate über den Europäischen Sozialfond finanziert wird.

»Anschubfinanzierung« nennt sich das.

Eine selbstständige Weiterförderung solcher Projekte ist nach Beendigung der Anschubfinanzierung für die Träger oft nicht möglich. Aber vielleicht schaffe ich es ja doch, eine Weiterfinanzierung zu organisieren. Dann wird mein Vertrag verlängert – befristet natürlich.

Bevor ich die Arbeit im Projekt begann, bekam ich einen Anruf von einem ehemaligen Arbeitgeber, ebenfalls einem der großen Wohlfahrtsverbände, bei dem ich einige Zeit gearbeitet hatte: »Herr XY, Sie kennen sich doch hervorragend beim Thema YZ aus, wir hätten eine Stelle für Sie.«

Kurz darauf erfuhr ich, dass ich leider nicht eingestellt werden könne. Da ein regulärer Arbeitsvertrag im Vorjahr bereits verlängert worden war, müsste man mir einen unbefristeten Vertrag geben, »Sie verstehen schon«.

Einem anderen ehemaligen Kollegen ließ derselbe Arbeitgeber aus dem gleichen Grund den befristeten Vertrag auslaufen, »ich verstehe sehr wohl«.

Als ich vor einigen Jahren bei diesem Arbeitgeber gearbeitet hatte, wurde in meiner letzten Arbeitswoche der neue Sozialpädagoge vorgestellt, 20 Jahre Berufserfahrung, ein Ass im nötigen Fachgebiet – als sogenannter »1-Euro-Jobber«. Das konnte zum Glück verhindert werden – die MitarbeiterInnen hatten erfolgreich protestiert.

Bei meinem jetzigen Arbeitgeber ist das anders – 1-Euro-JobberInnen ersetzen regulär ausgeführte Arbeit –, keinen stört es.

So übernimmt zum Beispiel eine Verwaltungskraft als »1-Euro-Arbeitskraft« sämtliche Verwaltungsaufgaben, die zuvor von einem Sozialpädagogen erledigt wurden.

Perspektive unklar

Wie es bei mir im Winter weitergeht, ist unklar. Sollte das Projekt auslaufen, werde ich wohl mal wieder den Arbeitgeber wechseln müssen. Ich bin ja flexibel. Es macht mir nichts aus, gegebenenfalls auch wieder die Stadt zu wechseln.

Liegt es an mir? Bin ich zu anspruchsvoll? Ist eine Bezahlung nach TVöD zu viel verlangt?

Und vor allem: Ist das nur meine persönliche Biografie oder steckt mehr dahinter?

All das beginnt mich nachdenklich zu machen. Ich recherchiere:

Arbeitslosigkeit:

Im September 2006 gab es laut Bundesagentur 22.000 arbeitssuchende SozialpädagogInnen. 26,7 % der Arbeitslosen waren zwischen 20 und 29 Jahre alt.

31,4 % der arbeitslosen SozialpädagogInnen waren Langzeitarbeitslose.¹ Auf 2000 offene Stellen kamen 7000 Arbeitssuchende.²

¹ http://www.wiso.fh-osnabrueck.de/fileadmin/users/24/upload/Career_Center/Literatur/Arbeitsamt/AM-Kompakt-Sozialarbeiter-und-paedagogen-ANehmer.pdf aufgerufen am 26.05.08

² Süddeutsche vom 27.10.07: »Feste Stellen sind wie Goldstaub«

1-Euro-Jobs:

Im Jahresmittel waren 2007 bundesweit ca. 300.000 Personen als 1-Euro-JobberInnen eingesetzt.³

Laut DBSH waren im Juli 2007 28.268 1-Euro-JobberInnen in der Kinderbetreuung und Jugendhilfe beschäftigt.

Befristete Stellen:

Laut einem Artikel der Süddeutschen Zeitung sind 90 % der ausgeschriebenen Stellen für SozialpädagogInnen befristet.⁴

Eine Ursache hierfür ist, wie die Bundesagentur feststellt: »Soziale Arbeit bedeutet heutzutage vor allem Projektarbeit, dadurch müssen sich viele Bewerber immer wieder arbeitslos melden.«⁵

Welches Fazit lässt sich ziehen?

Ich stelle fest: Mit meinen knapp 30 Jahren scheint es, als hätte ich keine ungewöhnliche Arbeitsbiografie.

Für die zunehmende Prekarisierung des sozialen Bereichs gibt es unterschiedliche Gründe:

- Die neoliberale Vermarktlichung des sozialen Bereichs führt immer öfter dazu, dass Träger der sozialen Arbeit keine konstante Förderung bekommen, da Aufträge in regelmäßigen Abständen ausgeschrieben werden. Auch werden bei einigen Sozialleistungen zu geringe Regelsätze von Seiten des Kostenträgers den ErbringerInnen der Leistung zum Verhängnis.

Die Zunahme an gewinnorientierten Unternehmen im sozialen Bereich verstärkt den Trend, ArbeitnehmerInnen mit Dumpinggehältern zu entlohnen. Eine Hire-and-fire-Mentalität setzt sich im sozialen Bereich verstärkt durch.

³ <http://de.wikipedia.org/wiki/1-Euro-Job> aufgerufen am 25.05.08

⁴ Süddeutsche vom 27.10.07: »Feste Stellen sind wie Goldstaub«

⁵ http://www.wiso.fh-osnabrueck.de/fileadmin/users/24/upload/Career_Center/Literatur/Arbeitsamt/AM-Kompakt-Sozialarbeiter-und-paedagogen-ANehmerpdf aufgerufen am 26.05.08



Foto: Robert Michel

Als **Prekarität** wird die geringe *Arbeitsplatzsicherheit* in der modernen *Konstellation* von systematisch kurzfristig lösbaren *Beschäftigungsverhältnissen* bezeichnet.

Die Prekarität lässt sich an der Vorkommenshäufigkeit befristeter Beschäftigungsverhältnisse, von *Teilzeitstellen* und anderen Arten der Beschäftigung messen, bei de-

des relativen Anwachsens prekärer Arbeitsverhältnisse (also zunehmender Prekarität) wird als *Prekarisierung* bezeichnet. Er ergibt bei Progression zwangsläufig die soziale Schicht des *Prekariats*. Gesellschaften mit hoher Vollbeschäftigungsrate haben nicht zwangsläufig eine geringe Prekarität (z. B. Niederlande).

Beispiele:

Beispiel Nr. 1: Ein gewinnorientierter Träger der Jugendhilfe feuerte eine Mitarbeiterin in der Probezeit, weil sie sich in der Arbeit verletzt hatte und mehrere Wochen krankheitsbedingt ausfiel.

Beispiel Nr. 2: Ein Träger der Wohnungslosenhilfe stellte einen Bewerber nicht ein, da dieser nicht ausschließen wollte, in Elternzeit zu gehen, und nicht grundsätzlich bereit war, Überstunden zu leisten. Ein Klage hätte mangels Zeugen vor Gericht wenig Bestand gehabt.

- Die allgemein gesättigte Arbeitsmarktlage für SozialpädagogInnen führt dazu, dass Arbeitssuchende schlechte Arbeitsbedingungen akzeptieren müssen.
- 1-Euro-Jobs und die Stärkung des Ehrenamts schaden dem Arbeitsmarkt im sozialen Bereich. Zwar werden reguläre Stellen nur selten direkt ersetzt, doch zeigt sich in der Praxis, dass zusätzlich zu schaffende Arbeitsplätze nicht geschaffen werden, da neu entstehender Bedarf z. B. durch »1-Euro-JobberInnen« befriedigt wird.
Beispiel: In einer Kinderkrippe muss eine Erzieherin für mindestens ein Jahr ihre Arbeit unterbrechen. Es findet sich trotz wochenlanger Suche im Frühjahr 2008 keine neue Erzieherin. Kurzfristige Lösung: Die neue Kollegin in der Gruppe ist nun eine Fachkraft auf 1-Euro-Basis.
- Die Zahl von befristeten Projekten nimmt zu, dementsprechend werden Arbeitsverträge sachlich befristet.

Werden prekäre Arbeitsverhältnisse im sozialen Bereich zum Normalzustand?

Oder sind sie es bereits?

Der Autor ist der Redaktion persönlich bekannt. Er setzt sich an seinem aktuellen Arbeitsplatz aktiv und offensiv für die Rechte der Beschäftigten ein. Seine prekäre Perspektive hat uns aber veranlasst, ausnahmsweise seine Anonymität zu wahren, um seine beruflichen Möglichkeiten nach Auslaufen der Befristung nicht noch mehr einzuschränken. Denn das Internet vergisst nichts und Personalverantwortliche haben mittlerweile »Google« als Hilfsmittel bei der Personalauswahl entdeckt.

Was versteht man unter »Prekarität«

<http://de.wikipedia.org/wiki/prekarietaet> aufgerufen am 26.05.08, Auszug:

nen der Arbeitnehmer aufgrund der Unsicherheit, wie seine Beschäftigungskarriere fortlaufen wird, in eine sozial nachteilige Situation gerät. Die Lage des Arbeitnehmers wird in einem solchen Fall als »prekär« bezeichnet. Der Prozess

Da der Arbeitnehmer wenig bis gar keine Kontrolle über seine Arbeitssituation hat, keine sicheren, vorausschauenden Einschätzungen treffen kann und nur einen mangelhaften sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz in Anspruch nehmen kann, drohen materielle Armut, soziale Bindungsverluste sowie eine *pessimistische* Zukunftssicht. Abgesehen von den Konsequenzen für den Arbeitnehmer gerät die gesamte Gesellschaft bzw. das Massenbewusstsein infolge der Prekarität in eine ungünstige Situation, da das *soziale Netz* geschwächt bzw. unsicher wird und Probleme sich häufen (z. B. durch Massenentlassungen).

Nach wie vor prekär: der Status Honorarlehrkraft

In den Integrationskursen hat sich zwar was getan, aber die Folgen von Evaluation und Mittelzerhöhung sind bei den Beschäftigten bisher kaum angekommen

Im Januar 2005 trat das Zuwanderungsgesetz in Kraft.

Integrationskurse, seinerzeit bestehend aus 600 Unterrichtseinheiten (UE) Sprachkurs und 30 UE Orientierungskurs (etwas »Deutschlandkunde«), wurden für NeuzuwanderInnen verpflichtend, aber auch die sogenannten »Bestandsausländer«, also ImmigrantInnen, die schon länger in Deutschland leben, dürfen (oder müssen) diese Kurse besuchen.

Vieles von dem, was von PolitikerInnen und TheoretikerInnen geplant worden war, erwies sich in der Praxis als nicht oder nur schwer durchführbar. Die Firma Ramboll wurde mit der Durchführung einer Evaluation beauftragt. Diese bestätigte viele der schon vorher kritisierten Mängel und machte Verbesserungsvorschläge. Nachdem diese Verbesserungsvorschläge vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg und dem Bundesministerium des Inneren in Berlin diskutiert worden waren, wurden einige davon dem Bundestag vorgelegt und Anfang Juli 2007 trat die neue Integrationskursverordnung in Kraft.

Vieles von dem was wir, Interessenvertretungen der IntegrationskursleiterInnen wie Aktion Butterbrot oder die Hamburger DaF-Initiative, aber auch die GEW, gefordert hatten, wurde zumindest ansatzweise umgesetzt. Leider blieb das meiste aber unzulänglich und die Situation für uns HonorarlehrerInnen in diesen Kursen hat sich de facto nicht verbessert.

Die Finanzierung der Kurse und die Honorare der KursleiterInnen

Es wurde erkannt, dass der bis dato vom Bundesministerium des Inneren (BMI) bezahlte Betrag von 2,05 EUR pro TeilnehmerIn (TN) und pro UE zu niedrig ist. Der Betrag wurde um 30 Cent auf 2,35 EUR erhöht.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Kurse mit häufig bis zu 25 TeilnehmerInnen zu groß sind. Die maximale TeilnehmerInnenzahl wurde auf 20 beschränkt. Dieser Schritt geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus. Einerseits sind nämlich auch 20 TeilnehmerInnen noch immer zu viel, um der Heterogenität und dem vielfältigen Integrationsbedarf dieser Zielgruppe gerecht zu werden. Wenn sich hinter der Bezeichnung »Integrationskurs« nicht nur ein Standardsprachkurs im Schnelldurchlauf verbergen soll, dürfte die maximale TeilnehmerInnenzahl 15 nicht überschreiten.

Andererseits wurde den Trägern von Integrationskursen die Möglichkeit genommen, die geringe Mittelzuweisung



Foto:
imago/
Richard Jeschke

durch große Kurse etwas auszugleichen. Mit der oben genannten geringen Erhöhung bei gleichzeitiger TeilnehmerInnenreduzierung änderte sich unter dem Strich für viele Träger nichts im Vergleich zu vorher.

Natürlich waren wir KursleiterInnen auch um diese geringe Erhöhung froh und hofften auf eine, wenn auch geringe, Honorarerhöhung. Doch obwohl in einem Schreiben des BAMF vom Juli 2007 eindeutig stand, dass sich diese Mittelzerhöhung auch auf die Bezahlung der Honorarlehrkräfte auswirken sollte, haben viele Träger die Honorare bis heute nicht erhöht. Sie liegen zwischen etwa 12 und 23 Euro pro UE, in Einzelfällen auch darüber oder darunter.

Natürlich ist in dieser Bezahlung die Vor- und Nachbereitungszeit eingeschlossen. Die Vorbereitungszeit hängt sehr von der Erfahrung der KursleiterInnen ab und beträgt pro fünf UE etwa ein bis zwei Stunden. Unabhängig von Berufserfahrung und Routine sind die Korrekturzeiten; vor allem im letzten, prüfungsvorbereitenden Kursabschnitt sind das bei einem Intensivkurs von 20 bis 25 UE pro Woche zusätzlich fünf bis zehn Stunden unbezahlter Arbeit, die man für die Korrektur benötigt.

Auf einer Veranstaltung zum Thema Integration im Münchner Rathaus im Herbst 2007 sagte der Präsident des BAMF, Dr. Albert Schmid, dass schon in Kürze mit einer erneuten Erhöhung zu rechnen sei. Dasselbe bestätigte ein Regionalkoordinator des BAMF auf einer Veranstaltung des Hueber-Verlages in München wenig später. Bis heute warten wir vergeblich auf diese angekündigte Erhöhung.

Verbesserung bei der Nachqualifizierung

Tatsächlich hervorzuheben ist die Finanzierung der Nachqualifizierungen, an der fast alle KursleiterInnen teilnehmen müssen, die kein abgeschlossenes DaF- oder DaZ-Studium vorweisen können. Noch einige wenige Gruppen sind ausgenommen wie z. B. KursleiterInnen mit abgeschlossenem Germanistikstudium oder mit Staatsexamen in einer modernen Fremdsprache.

Je nach sonstiger Ausbildung und Berufserfahrung müssen diese Lehrkräfte, auch wenn sie bereits viele Jahre als QuereinsteigerInnen in diesem Beruf tätig waren, 70 oder 140 Stunden dieser Nachqualifizierung absolvieren. Bisher wurde nur ein Teil der anfallenden Kosten vom BAMF getragen. Ein Großteil blieb an den KursleiterInnen hängen. Seit Juli 2007 werden nun die Kosten der Qualifizierung fast komplett vom BAMF übernommen.

Die Dauer der Integrationskurse

Die Evaluation der Integrationskurse bestätigte auch, dass die Zahl der Stunden, nämlich 600 UE, bis zur Erlangung des B1-Niveaus (nach dem europäischen Referenzrahmen) für die Mehrheit der TeilnehmerInnen zu gering ist, und erhöhte die mögliche Stundenzahl auf 900 UE. Im Prinzip natürlich sehr erfreulich. Leider ist aber auch diese Erhöhung unzulänglich bzw. in der Art der Umsetzung nicht sinnvoll. Lediglich »besondere« Kurse, wie spezielle Kurse für Jugendliche oder Frauen, sind von Anfang an auf 900 UE ausgelegt, d. h. die Progression kann von Anfang an relativ flach gehalten werden.

Leider aber ist in den allgemeinen Integrationskursen die B1-Prüfung nach wie vor nach bereits 600 UE angestrebtes Ziel, wobei TeilnehmerInnen, die die Prüfung nicht bestehen, noch einmal zusätzliche 300 UE vom Staat bekommen.

Erfreulich ist, dass auch der Orientierungskurs von 30 auf 45 UE erhöht wurde. Allerdings werden wir, ebenfalls ab 2009, einen zentralen, von oben diktierten Abschlusstest bekommen, in dem vermutlich auch wieder viel mehr Wissen abgefragt werden soll, als in 45 UE zu vermitteln ist. Also auch hier nicht wirklich eine Verbesserung, weder für die Lehrkräfte noch für die KursteilnehmerInnen.

Immer noch existenziell bedroht: Scheinselbstständige KursleiterInnen

Das größte Problem für KursleiterInnen in Integrationskursen ist und bleibt allerdings das Problem der Scheinselbstständigkeit und Rentenversicherungspflicht. Die KursleiterInnen von staatlichen Integrationskursen haben alle Merkmale einer abhängigen Beschäftigung. Wir sind weisungsgebunden und das nicht nur dem Träger gegenüber, sondern auch gegenüber dem BAMF und dem BMI, also gegenüber dem Staat.

Die Bücher, die wir benutzen dürfen, sind vorgegeben. Wir müssen die TeilnehmerInnen innerhalb einer vorgege-

benen Zeit auf eine offizielle Prüfung vorbereiten. Wir führen vom Staat verordnete und verpflichtende Kurse durch und haben sogar Kontrollfunktion: Wir müssen Anwesenheitslisten führen und melden, sobald TeilnehmerInnen nicht regelmäßig am Unterricht teilnehmen. Diese TeilnehmerInnen haben mit zum Teil erheblichen Konsequenzen zu rechnen.

Im Grunde müssten wir alle verbeamtet werden. Statt dessen arbeiten wir als unterbezahlte Honorarkräfte.

Von den niedrigen Honoraren müssen wir Krankenversicherung und sämtliche Sozialabgaben zu 100 % selbst bestreiten. Bei Krankheit und Ferien haben wir Verdienstausschlag.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind nicht bei der BfA gemeldet und müssen jeden Moment damit rechnen, erfasst zu werden: Zahlreichen KollegInnen ist das schon passiert, in letzter Zeit wieder gehäuft. Die Betroffenen müssen für drei Jahre rückwirkend 20 % des Verdienstes nachzahlen. In der Regel handelt es sich um mehrere tausend, oft über 10.000 EUR. Gleichzeitig müssen sie ab dieser Erfassung vom laufenden Honorar monatlich 20 % abführen. Für die meisten ist das der finanzielle Ruin. Ich bekomme seit Monaten fast wöchentlich Zuschriften von betroffenen, verzweifelten KollegInnen mit der Bitte um Rat. Doch welchen Rat kann man geben? Es gibt bereits rechtskräftige, unanfechtbare Gerichtsurteile, natürlich zum Nachteil der Betroffenen.

Vor einiger Zeit hat eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen in Hessen gegen einen Träger vor dem Arbeitsgericht geklagt. Daraufhin drohte der Träger damit, ihnen keine Lehrverträge mehr zu geben. Sie gaben daraufhin auf – Existenzangst.

An dieser hochprekären Situation muss sich unbedingt etwas ändern. Entweder müssen alle KursleiterInnen von der Rentenversicherungspflicht befreit werden – mit der Auflage, sich selbst abzusichern (natürlich ist dabei unabdingbar, dass die Honorare entsprechend hoch sind). Oder das BAMF bzw. der Staat müssen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung übernehmen. Da die Träger selbst mit einem Minimum an Bezahlung wirtschaften müssen, kann von ihnen nicht verlangt werden, diese Kosten zu übernehmen.

Es gibt also durchaus Verbesserungen in der Finanzierung und Gestaltung der Integrationskurse. Bei den Honorarlehrkräften kommen sie jedoch bisher kaum an.

Wenn sich an ihrer Situation in absehbarer Zeit nichts Wesentliches ändert, werden immer weniger von ihnen sich diese Arbeit noch leisten können.



von **Miriam Herrmann, M. A.**

Miriam Herrmann ist Kursleiterin in Integrationskursen. Auf der LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern im März 2008 wurde sie in den Landesvorstand der GEW Bayern gewählt. Dort vertritt sie den Bereich der Erwachsenenbildung.

Prekäre Einstellungspraxis im Förderschulwesen

**Widerstand
formiert sich.
Bündnis in
Mittelfranken
geht an die
Öffentlichkeit.**

Foto: imago/Steinach

Seit einigen Jahren bekommen viele FörderschullehrerInnen nach ihrer Ausbildung nur noch befristete Einjahresverträge angeboten und finden sich auf Wartelisten wieder. Derzeit befinden sich 480 »BewerberInnen« in dieser Situation. Die Wartezeit auf diesen Listen ist allerdings auf fünf Jahre begrenzt. Danach entfällt der Anspruch auf eine dauerhafte Anstellung im staatlichen Bereich. Wer es also innerhalb dieser Zeit nicht geschafft hat, auf eine Planstelle zu wechseln, fliegt von der Warteliste. Aktuell betrifft dies 71 Lehrkräfte, die nur noch als sogenannte »freie BewerberInnen« zählen. Dabei handelt es sich um junge, gut ausgebildete, motivierte SonderpädagogInnen. Diese werden, wenigstens aktuell, auch ganz offensichtlich gebraucht, um den Status quo zu halten, denn der prognostizierte Rückgang bei den Zahlen der SchülerInnen findet nicht statt. Zu Schuljahresbeginn sucht z. B. die Regierung von Mittelfranken händeringend Personal für die Arbeit an Förderschulen. Im Februar dieses Jahres wurden sogar LehrerInnen in Altersteilzeit angeschrieben und gefragt, ob sie nicht bereit wären, wieder in den Schuldienst zurückzukehren. Gleichzeitig weigert sich die Bayerische Staatsregierung bisher, den jungen Lehrkräften eine dauerhafte Berufsperspektive zuzugestehen.

Befristet für ein Jahr – und dann?

Es ist evident, dass der oben beschriebene Zustand für die Betroffenen schwerwiegende negative Auswirkungen hat. Als erstes ist die Verunsicherung als Folge der prekären und

stets nur befristeten Arbeitsverhältnisse zu nennen. Diese wird noch verstärkt durch das Wissen um die zeitliche Begrenzung dieses Zustands auf fünf Jahre und die absolute Ungewissheit darüber, wie es danach weitergehen kann.

Jahr für Jahr bangen die betroffenen LehrerInnen erneut darum, ob sie überhaupt eine befristete Anstellung bekommen. Eine dauerhafte Lebensperspektive und -planung ist so nicht möglich.

Persönlicher und pädagogischer Irrsinn

Die gesetzlichen Regelungen zu befristeten Verträgen erzwingen darüber hinaus permanente Schulwechsel, meist im Wechsel von staatlichen zu privaten Trägern und umgekehrt, um sogenannte Kettenverträge zu vermeiden.

Dies hat in einigen Fällen auch ständige, kostspielige Wohnortwechsel in kürzester Zeit zur Folge.

Neben den negativen Folgen der permanenten existenziellen Unsicherheit und den ständigen Schulwechseln für die jungen Lehrkräfte ergeben sich aber auch negative Folgen für die SchülerInnen, die Eltern und die Kollegien der betroffenen Schulen.

Die erzwungenen Schulwechsel und der damit verbundene Umstand, sich jedes Jahr aufs Neue in eine völlig neue Schul- und Klassensituation einarbeiten zu müssen, entwerfen das sich bereits mühsam angeeignete Wissen um die spezifische Schulsituation, die spezielle SchülerInnenpopulation und die jeweiligen Schulausstattungen. Diese Kompetenzen müssen ständig neu angeeignet werden, es existiert

keine Kontinuität, was zwangsläufig negative Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts haben muss.

Die mit viel Engagement aufgebauten Kontakte zu den Eltern, das Wissen über familiäre Hintergründe, die zu einem besseren Verständnis für SchülerInnenpersönlichkeiten und deren problematischen Verhaltensweisen führen, sind mit einem Schlag nutzlos.

Leidtragende sind vor allem die SchülerInnen an Förderschulen, haben doch die ständigen LehrerInnenwechsel negative Konsequenzen für ihre Motivation und damit auch für den Lernerfolg. Mühsam entwickelte Vertrauensverhältnisse werden für die weitere pädagogische Arbeit wertlos. Oft wird der neuen Lehrkraft mit Frustration und Misstrauen begegnet.

Aber auch für die betroffenen Kollegien ist dieser Zustand untragbar. Sie sind ständig gezwungen, neue KollegInnen einzuarbeiten. Die unterschiedlichen besonderen Fähigkeiten der neuen KollegInnen sind nach einem Jahr schon wieder verloren. Mit längerfristig für den Schulbetrieb erforderlichen Funktionen können diese KollegInnen sinnvollerweise nicht bedacht werden.

Die viel gerühmte Evaluation wird bei ständig neu gemischten Kollegien vollends zur Farce. Die Forderungen nach Schulentwicklung und Schulprofilen sind unter diesen Bedingungen schwer bis gar nicht umzusetzen.

Auch die Arbeit der SchulleiterInnen wird außerordentlich erschwert. Sie müssen damit zurechtkommen, dass sie zum Schuljahresende nicht wissen, mit welchem Personal sie ins nächste Schuljahr gehen werden und welche spezifischen Fähigkeiten die neuen KollegInnen mitbringen. Sichere Planung ist so nicht möglich.

Etlliche dieser jungen LehrerInnen haben Bayern bereits den Rücken gekehrt und sind in andere Bundesländer abgewandert, wo sie meist mit offenen Armen aufgenommen wurden.

Widerstand entwickelt sich

Besonders in Mittelfranken hat sich aber jetzt der Widerstand gegen diese prekären Arbeitsverhältnisse formiert. Viele der jungen Lehrkräfte versuchten bisher unabhängig voneinander, durch Briefe an Landtagsabgeordnete und das Kultusministerium auf ihre missliche Lage aufmerksam zu machen. Dabei konnten sogar erste Zusagen für Teilbereiche erreicht werden.

Die jungen KollegInnen, die sich teils noch in der Ausbildung befinden, teils aber bereits unter prekären Bedingungen arbeiten, geben sich damit aber noch nicht zufrieden. Sie sind nicht länger bereit, diese Situation widerspruchslos hinzunehmen. Auf ihre Initiative hin luden die zuständigen mittelfränkischen Fachgruppen von GEW, NLLV, BLLV und dem VDS Anfang April zu einem Arbeitstreffen nach Nürnberg ein. Die Resonanz übertraf die Erwartungen. Mehr als 50 Betroffene drängten sich im überfüllten Raum im Nürnberger Lehrerheim. Mit besonderer Freude nahmen sie die Anwesenheit von zwei Vertreterinnen

vom »Landeselternbeirat der Schulen und schulvorbereitenden Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung« auf. Diese äußerten dann auch ihr Verständnis für die Forderung nach mehr Planstellen und sicherten ihre Unterstützung zu.

Solidarität mit den von ihnen betreuten jungen Lehrkräften bewiesen auch die vier anwesenden SeminarleiterInnen unterschiedlicher Fachrichtungen durch ihre Anwesenheit und rege Teilnahme an der Diskussion.

Nach teilweise kontroverser, aber stets sachlicher Diskussion konnten sich die Anwesenden auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Zum einen sollten Unterschriften unter dem Motto »Für eine faire Einstellungspraxis im Förderschulwesen durch mehr Planstellen und unbefristete Arbeitsverträge!« im KollegInnenkreis gesammelt werden. Und diese Unterschriften sollten dann im Rahmen einer Podiumsdiskussion verantwortlichen PolitikerInnen übergeben werden. In diesem Rahmen soll die missliche Lage vieler junger LehrerInnen und ihre negativen Auswirkungen auf die Förderschulen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Erfolgreiche Unterschriftenaktion

Die Unterschriftensammlung hat mittlerweile viel größere Resonanz bekommen, als ursprünglich erhofft. War geplant, dadurch erst einmal im mittelfränkischen KollegInnenkreis ein Bewusstsein über die missliche Lage der jungen KollegInnen zu schaffen, so haben mittlerweile Unterschriftenlisten aus ganz Bayern – von Bad Tölz bis Aschaffenburg – die InitiatorInnen erreicht. Es scheint, als hätten viele junge KollegInnen nur darauf gewartet, dass es endlich eine gemeinsame Initiative gibt. Sie sind froh, dass sie endlich etwas tun können, um zu versuchen, aus ihrer beruflichen Sackgasse zu entkommen, und nicht untätig warten müssen, welches Schicksal sie ereilt.

Am 26. Juni* findet nun die Podiumsdiskussion statt. Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien haben sich bereit erklärt, dort die Auseinandersetzung mit den jungen KollegInnen zu führen. Auch das Kultusministerium schickt einen für die Förderschulen zuständigen Vertreter. Wir sind sehr gespannt, wie sie den Eltern und den betroffenen LehrerInnen erklären werden, wie die aktuelle Einstellungspraxis zu den versprochenen Anstrengungen zur Verbesserung der Situation im Bildungsbereich passt. Die VertreterInnen der Regierung und der Abgeordnete der Mehrheitspartei sind gut beraten genau hinzuhören, was die Betroffenen vorzubringen haben und wie die Stimmung bei ihnen, den Eltern, den LehrerInnen und SchulleiterInnen ist.

von Stephan Stadlbauer

Förderschullehrer in Mittelfranken
Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW



* An diesem Tag geht diese DDS in die Druckerei. Aber wir werden in der nächsten Ausgabe dar über berichten. Die Redaktion.

Vom zweifelhaften Glück, eine junge Förderschullehrerin in Bayern zu sein

Die DDS fragte Jutta Kunzelmann, Förderschullehrerin aus Nürnberg, nach ihren persönlichen Erfahrungen mit der Einstellungspraxis der Bayerischen Staatsregierung im Förderschulwesen.

Seit wann lebst du mit einem befristeten Vertrag?

Zum Schuljahr 2008/09 mache ich diese Prozedur bereits zum vierten Mal durch. Ein Schuljahr war ich meiner Fachrichtung entsprechend in der Schule für Körperbehinderte in Altdorf eingesetzt.

Ab dem Schuljahr 2006/07 arbeitete ich dann an zwei verschiedenen Förderzentren. In beiden Schuljahren war ich im Diagnose- und Förderklassenbereich eingesetzt.

Gibt es von Seiten des Arbeitgebers irgendeine Zusage für deine berufliche Perspektive?

In Bayern gibt es bekannterweise die sogenannte Warteliste. Förderschullehrer stehen insgesamt fünf Jahre auf dieser Warteliste. In dieser Zeit »sorgen« der Staat bzw. diverse private Träger von Schulen für einen neuen Jahresvertrag. Nach Ablauf dieser Frist ist der betroffene Lehrer selbst dafür zuständig, sich um eine Anstellung zu bemühen.

Als Betroffene möchte ich natürlich auch erfahren, wann für mich die Möglichkeit einer Festanstellung besteht. Dies kann ich nur durch meinen Wartelistenplatz herausfinden.

Ich weiß dann zwar, auf welchem Platz ich mich im Moment befinde, aber nicht, wann es zu einem unbefristeten Vertrag kommen könnte. Die Krux ist jedoch die, dass man nicht weiß, wie viele Stellen im kommenden Schuljahr für die entsprechende Fachrichtung geschaffen werden. Der Wartelistenplatz hat also nur einen relativen Aussagecharakter, da bezüglich der diversen Fachbereiche unterschiedlich viele Bewerber eine Planstelle erhalten.

Wie wird die Befristung denn begründet?

Die Befristung der Verträge wird nach dem Bedarf an Förderschullehrern der jeweiligen Fachrichtung errechnet.

Ich werde also durch meinem Notendurchschnitt im Fachbereich Körperbehindertpädagogik beurteilt und eingestellt, egal in welcher Förderschulart ich tätig bin. Die Anstellungsnote richtet sich also danach, wie viele Förder-



Foto: imago/Steinach

schullehrer im Bereich der Schulen für Körperbehinderte in ganz Bayern im kommenden Schuljahr gebraucht werden. Bekanntlich gibt es in Bayern nicht sonderlich viele Förderzentren mit dem Schwerpunkt motorische und körperliche Entwicklung, so dass der Bedarf dementsprechend niedrig ausfällt. Die Körperbehindertenpädagogen, die nicht in einer Schule für Körperbehinderte unterkommen, werden dann an Förderzentren vornehmlich mit dem Schwerpunkt Lernen, Sprache und Verhalten geschickt. Kurioserweise werden aber an Körperbehindertenschulen dann wiederum Lehrer aus anderen Fachbereichen (in der Regel Geistigbehindertenpädagogik) eingestellt.

Als Steigerung dessen kommt es auch vor, dass ein Förderschullehrer, der an einem sonderpädagogischen Förderzentrum eingesetzt ist und an der Schule bleiben möchte, im darauf folgenden Schuljahr von einem Grundschullehrer »ersetzt« wird.

Diese Verfahrensweise ist an Absurdität nicht zu überbieten. Für manch einen Betroffenen könnte sich dies als nicht nachvollziehbar oder auch in der Verzweiflung als willkürlich anmuten.

Im Gegenzug dazu wird die Bildung (in aller Munde) gerade bei uns in Bayern hochgehalten. Diese Haltung steht aber im Widerspruch zu der derzeitigen Einstellungspraxis. Wenn das bildungspolitische Denken gelebt werden soll, dann muss sich dies auch in der Umsetzung bemerkbar machen.

Was bedeutet die Befristung für deinen Alltag?

Da ich seit Beendigung meines Vorbereitungsdienstes im Schuljahr 2005/06 jedes Jahr an einer anderen Schule eingesetzt war, musste ich mich immer wieder umstellen.

Ich musste mich dann nicht nur immer wieder auf neue Schüler, Eltern und Kollegen einstellen, sondern mich auch den Eltern, die teilweise sehr kritisch gegenüber der Einstellungspraxis sind, stellen. Dabei kann es vorkommen, dass Schüler im Diagnose- und Förderklassenbereich, also in den

ersten drei Schuljahren, von drei verschiedenen Klassenlehrern unterrichtet werden, was gerade diesen Kindern in dem Alter und mit den entsprechenden sozial-emotionalen Voraussetzungen große Schwierigkeiten bereitet.

Bis sie sich an die neue Lehrkraft gewöhnt haben, ist schon viel Zeit und Energie verbraucht worden.

Darüber hinaus ist es unter diesen Umständen für die betroffene Lehrkraft schwierig, sich auf die Schüler einzustellen, »sich auf die Spuren des Schülers« zu begeben, nah am Schüler zu arbeiten oder einfach nur stringente Erfahrungen zu sammeln.

Was noch hinzukommt, ist, dass viele Aufgabenbereiche an den verschiedenen Schulen anders gehandhabt werden, z. B. sind die Einschulungsverfahren oft sehr unterschiedlich, so dass man sich immer wieder neu einarbeiten muss. Der Aufwand ist immens.

Diese Fluktuation wirkt sich auch auf das Kollegium negativ aus, da es jedes Jahr neue Kollegen einarbeiten muss, die jedoch im nächsten Schuljahr wieder gehen müssen.

Als Lehrer mit Jahresvertrag möchte man jedoch sein Engagement weiterführen, sich in das Schulleben einbinden.

Engagement wird ja auch erwartet, speist sich aber unter anderem auch aus einer Vertrautheit, einer gewissen Langfristigkeit, einem Kontinuum und aus einer Sicherheit.

Unter solchen Umständen wird es einem erschwert, das Engagement im Fluss zu halten, wenn man immer wieder quasi bei null zu beginnt.

Existenzängste, wenn der Sommer kommt

Wie wirkt sich die Befristung auf dein Leben aus – z. B. auf die Familie?

Da ich nun noch nicht weiß, wo ich nächstes Jahr arbeiten werde, und dieser Zustand sich bereits über drei Schuljahre hinzieht, verschiebe ich längerfristige Planungen.

Kurzfristige Planungen (ob und wohin ich in Urlaub fahre) entscheide ich dahingehend, ob ich umziehen muss oder nicht.

Natürlich hat das Arbeiten innerhalb eines Jahresvertrages unter den Bedingungen nicht nur Auswirkungen auf eine kurz- oder langfristige Lebensplanung, sondern auf das ganz persönliche Gefühlsleben. Es bedeutet auch ein alljährliches Bangen inklusive ungutem Gefühl und Existenzängsten, wenn es wieder »auf den Sommer« zugeht. Besonders dann, wenn man Mitte Juli gesagt bekommt, dass es eventuell möglich sein könnte, dass man im kommenden Schuljahr vielleicht ohne Vertrag dastehen würde.

Hast du schon mal daran gedacht, diesem Verhältnis zu entfliehen, und wenn ja, wohin?

Nein, da ich meinen Beruf sehr gerne ausübe. Nur die Umstände sind auf Dauer sehr strapaziös und erschweren die allgemeine Zufriedenheit.

Nichtsdestotrotz fühle ich mich in meiner Berufswahl immer wieder bekräftigt, da ich meine fachliche Qualifika-

tion und meine Persönlichkeit stetig weiterentwickeln und einbringen konnte und dies auch bestätigt weiß. Außerdem habe ich schlichtweg Spaß am Lehrer Sein.

Ein schöner und interessanter Beruf

Würdest du deinen Beruf unter diesen Umständen noch mal wählen?

Bei der Einschreibung für das Sonderpädagogikstudium stand ich vor der Wahl der Fachrichtung. Zu diesem Zeitpunkt schwankte ich zwischen Lernbehinderten- und Körperbehindertenpädagogik. Ich habe mich für Körperbehindertenpädagogik entschieden, da zum einen das Studium von den Inhalten her sehr abwechslungsreich und interessant ist. Zum anderen stellte ich mir die Aufgabenbereiche im Beruf sehr ansprechend vor.

Wenn ich nun wieder vor die Wahl gestellt werden würde, würde ich mich selbstverständlich für Lernbehindertenpädagogik entscheiden, da die Anstellungsbedingungen für diesen Fachbereich besser sind.

Zudem arbeite ich sowieso seit zwei Jahren an Förderzentren. Hier bin ich – wie gesagt – in Diagnose- und Förderklassen eingesetzt. Die Arbeit macht mir viel Spaß und ich kann mich persönlich einbringen.

Welchen Einfluss hat die Befristung auf das Verhältnis zu den fest angestellten oder verbeamteten Kolleginnen und Kollegen?

Auf mein persönliches Verhältnis zu den Kollegen hat meine Anstellungssituation keinen Einfluss.

Nur die Praxis, Jahresverträge zu verteilen, birgt ein nicht zu verschweigendes Ungleichgewicht in der finanziellen »Gleichstellung«. Die Lehrer, die eine befristete Stelle für ein Jahr annehmen, arbeiten in der Regel nur Teilzeit und verdienen dabei noch wesentlich weniger als verbeamtete Kollegen, die ebenfalls ihre Stunden reduziert haben.

Dieser Umstand hat aber nichts mit den Kollegen im persönlichen Bereich zu tun, es bedeutet nur eine zusätzliche Ungleichbehandlung, aber nicht von Seiten des Kollegiums.

Mein Fazit ist: Ich habe mir einen abwechslungsreichen und kreativen Beruf ausgesucht, auch wenn meine Lehrerbiographie kompliziert und energieraubend beginnt. Denn diese Energie würde ich lieber für andere Dinge verwenden.

Mein Anliegen ist es ebenfalls, dass die aktuelle Einstellungspraxis in der Öffentlichkeit publik wird. Viele Außenstehende sind der Meinung, Lehrer haben sich nicht zu beschweren, da sie das Privileg haben, unter traumhaften Umständen (Halbtagsjob, 14 Wochen Ferien, Unkündbarkeit) arbeiten zu dürfen. Wie jedoch Junglehrer behandelt werden, weiß kaum jemand.

Jutta, wir danken dir für die Zeit, die du dir für unsere Fragen genommen hast, und drücken die Daumen, dass deine Befristungen endlich ein Ende finden und du dich in deinem Beruf endlich dem widmen kannst, was dir Freude macht und was Sinn hat.

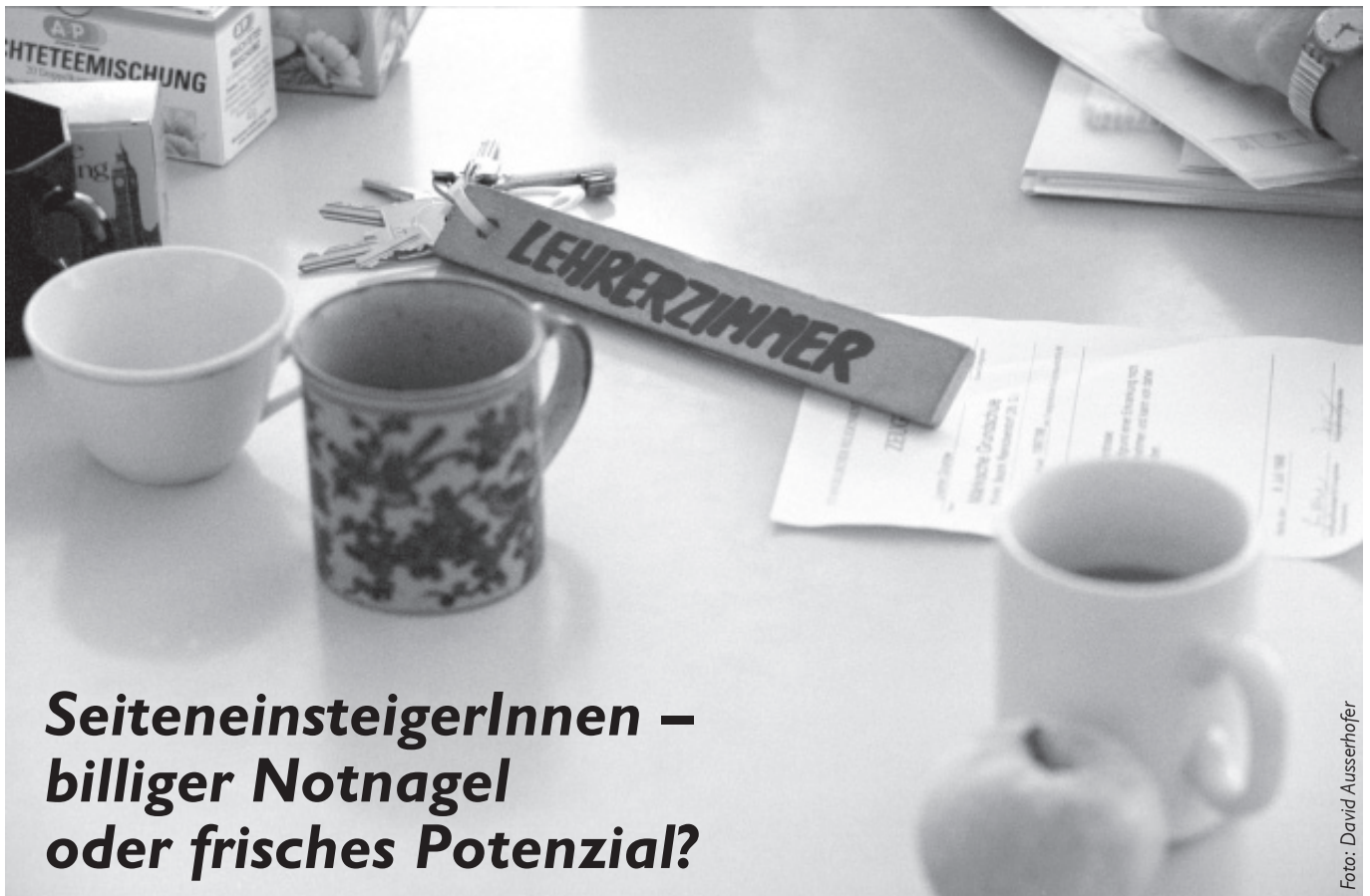


Foto: David Ausserhofer

SeiteneinsteigerInnen – billiger Notnagel oder frisches Potenzial?

Für den Unterricht am Gymnasium gibt es in vielen Fächern zu wenig qualifizierte Lehrkräfte. Die Staatsregierung versucht, den so drohenden oder bereits existierenden Stundenausfall durch verschiedene Maßnahmen einzudämmen. Eine davon ist es, nicht für das Lehramt ausgebildete AkademikerInnen in die Schulen zu schicken. Dadurch entstehen neben einer gewissen Entlastung verschiedene Probleme und Konflikte. Zum einen in den Schulen, in denen die nicht ausgebildeten QuereinsteigerInnen in den Schulbetrieb eingegliedert werden müssen; zum anderen für die QuereinsteigerInnen, die nach dem neuen Tarifvertrag niedrig eingestuft werden und dementsprechend wenig verdienen.

Hier der Bericht unserer Kollegin Margarete Gardel-Schwaiger, die als Diplom-Statistikerin seit September 2006 an einem bayrischen Gymnasium Mathematik unterrichtet.

Für die Entscheidung, als gelernte Diplom-Statistikerin in den Lehrberuf zu wechseln, gab es mehrere Gründe:

Mathematik macht mir Spaß, der Beruf der Lehrerin bietet trotz des vorgegebenen Lehrplanes Handlungs- und Gestaltungsspielraum – wesentlich mehr, als dies in anderen Berufszweigen möglich ist. Festgelegt sind nur die Unterrichtszeiten, Sprechstunden und Konferenzen. Wann und wo ich mich vorbereite oder korrigiere, bleibt mir überlassen. Ebenso ist es meine Entscheidung, wie ich vor der Klasse auftrete und meinen Unterricht gestalte.

Natürlich wurde ich auch mit den negativen Seiten des LehrerInnenberufes konfrontiert.

Vermeintlich bestens präpariert – ich hatte mich in den Sommerferien mit dem Lehrstoff vertraut gemacht – radel-

te ich voller Elan zur ersten Unterrichtsstunde. Dann stand ich 30 SchülerInnen einer siebten Jahrgangsstufe gegenüber, alle mit ausgeprägtem Experimentierverhalten ausgestattet (andere sprechen vom »Flegelalter«). Darauf war ich nicht vorbereitet. Bislang hatte ich nur Erwachsene unterrichtet, da genügte ein strukturierter Vortrag und die üblichen Höflichkeitsregeln. Nun hatte ich dafür zu sorgen, dass in der Klasse Ruhe herrscht, dass mir und nicht dem Klassenclown zugehört wird, dass keine Zettel geschrieben oder geworfen, dass Hausaufgaben gemacht werden – das Übliche eben. Zur Stoffvermittlung kam die Beziehungsarbeit hinzu. Erst wenn der Kontakt stimmt, gelingt der Unterricht. Eine einfache Erkenntnis, aber schwierig in der Realisation.

Freundliche Aufnahme – praktische Tipps

Glücklicherweise wurde ich im Kreis der KollegInnen sehr freundlich aufgenommen und erhielt Unterstützung. Besonders produktiv war die Zusammenarbeit mit einer Kollegin aus der Parallelklasse. Als Neuling ist man in vielen schulspezifischen Fragen auf kollegialen Rat angewiesen, angefangen von A wie Aufsicht bis Z wie Zeugnis.

Umgekehrt konnte auch ich Anregungen geben, denn SeiteneinsteigerInnen haben aufgrund ihrer Erfahrungen in den verschiedensten Arbeits- und Lebenswelten einen anderen Blick auf die Schule: sei es ein praktischer Tipp zur Gestaltung von Word-Dokumenten oder zu Gesprächstechniken, wie auch mit »schwierigen Kunden«, nun Eltern, ein

produktives Gespräch geführt werden kann – die Kompetenzen von SeiteneinsteigerInnen können weiterhelfen.

Uns fehlt in den meisten Fällen eine pädagogische Ausbildung. Mein Eindruck ist es, dass LehrerInnen bei SchülerInnen und Eltern dann anerkannt werden, wenn echtes Interesse an Schüler bzw. Schülerin und deren Lernerfolg besteht. Natürlich ist eine pädagogische Ausbildung dafür hilfreich, eine Garantie für erfolgreiches pädagogisches Wirken stellt dies aber nicht dar.

Zwei Welten treffen aufeinander

Im Herbst 2007 fand erstmals eine Fortbildung für SeiteneinsteigerInnen in München statt. »Hilfen und Anregungen für den Schulalltag« lautete der Titel des Kurses, an dem etwa 60 Personen teilnahmen. Themen waren: Auftreten vor der Klasse, Elemente einer Unterrichtsstunde, Leistungserhebung, Elternkontakte und Dynamik in Schulklassen.

Auch hier wurde deutlich, dass zwei unterschiedliche Welten aufeinander trafen, Vertreter eines behördlich organisierten Bildungssystems und wir, die SeiteneinsteigerInnen aus der sogenannten »freien Wirtschaft«, die unzufrieden murrten, als bereits nach einer halben Stunde die erste Pause vorgesehen war. Überrascht waren wir auch, dass sich der Kurs über sechs Freitage zu jeweils zwei Stunden hinziehen sollte, denn so manche/r TeilnehmerIn hatte bis zu zwei Stunden Anreise hinter sich. Als dann aus dem Kreis der ZuhörerInnen der Vorschlag kam, einen oder zwei lange Samstage zu vereinbaren, wirkte der Vertreter des Ministeriums sichtlich irritiert.

Ähnlich erging es uns wiederum, als unsere Forderung nach einer Liste mit den E-Mail-Adressen aller TeilnehmerInnen auf unerwartete bürokratische Schwierigkeiten stieß.

Anscheinend gab es innerhalb der Verwaltung keine Person, die Zeit hatte, diese Liste zu tippen. Kurzerhand meldete sich eine Teilnehmerin mit der Bitte, jeder solle ihr eine Mail schicken, sie werde daraus eine Datei zusammenstellen und diese an alle per E-Mail verteilen.

Ich möchte hier der Regionalen Lehrerfortbildung Oberbayern-West nicht Unrecht tun, denn inhaltlich hatte diese Fortbildung wichtige Punkte angesprochen. Doch ich konnte nicht umhin, an meine eigene Schulzeit zu denken, die schon einige Jahre zurückliegt: Ich hatte eigentlich erwartet, dass mittlerweile moderne Medien verwendet würden.

Dringend nötig zum Gelingen: ein tragfähiges Konzept mit langfristiger Perspektive

All diese Eindrücke zeigen mir, dass QuereinsteigerInnen mehr sein könnten als Notnägel. Doch wahrscheinlich bleibt dieses Potenzial ungenutzt, denn seitens des Ministeriums existiert kein Konzept. Solange LehrerInnenmangel besteht, folgt ein befristeter Arbeitsvertrag dem anderen und es wird billigend in Kauf genommen, dass sich bereits ein-

gearbeitete Kräfte aufgrund der schlechten Bezahlung von sich aus verabschieden. Das ist schade.

Ungleiche Bezahlung bei SeiteneinsteigerInnen an Gymnasien

SeiteneinsteigerInnen, die ein Hochschulstudium absolviert haben, werden als Angestellte in Entgeltgruppe 12 TV-L (früher BAT III) eingestuft, das bedeutet ein Anfangsgehalt von 2448 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung (Stand Dezember 2007). Zum Vergleich: LehrerInnen, die als BeamtInnen beginnen, erhalten in der Besoldungsgruppe 13 ein Bruttogehalt von 2534 Euro plus Familienzuschlag von 100 bis 200 Euro. Vergleicht man das Nettoeinkommen, so werden die Unterschiede noch deutlicher, denn vom Bruttogehalt eines Angestellten werden neben Steuern noch Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung abgezogen.

Aber auch innerhalb der Angestelltengruppe finden sich Ungerechtigkeiten, die schwer nachzuvollziehen sind. Diplom-MathematikerInnen oder Diplom-PhysikerInnen erhalten die höhere Entgeltgruppe 13 TV-L (früher BAT IIa). Das bedeutet, für die Arbeit »Mathematikunterricht« erhält ein/e Diplom-MathematikerIn mehr Geld als ein/e Diplom-StatistikerIn, dabei haben beide ein abgeschlossenes naturwissenschaftliches Hochschulstudium.

von **Margarete Gardel-Schwaiger**

Diplom-Statistikerin
arbeitet als Seiteneinsteigerin in einem Gymnasium
als Mathematiklehrerin



Forderungen der Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern

Aus dem Spannungsfeld zwischen notwendiger Qualifizierung und sozialer Absicherung in Zusammenhang mit einer langfristigen beruflichen Perspektive ergeben sich aus unserer Sicht drei gewerkschaftliche Forderungen:

1. Forderung der Nachqualifizierung von QuereinsteigerInnen. Die von außen mitgebrachten Qualifizierungen sollen dabei Berücksichtigung finden.
2. Bei erfolgter Nachqualifizierung benötigen auch die SeiteneinsteigerInnen eine langfristige Perspektive. Dies beinhaltet eine Eingruppierung in A13 (bei Unterricht in zwei Fächern und der Befähigung für den Oberstufenunterricht) und möglichst unbefristete Verträge.
3. Der Netto-Gehaltsunterschied zwischen qualifizierten Angestellten und BeamtInnen muss reduziert werden.

Andreas Hofmann

für die Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern

Eckpunkte für ein neues Dienstrecht: Unterrichten bis 68?

Die im Juni veröffentlichten Eckpunkte wurden von Regierung und einigen Verbänden bereits im Vorfeld als »großer Wurf« bejubelt. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass sich der Fortschritt durchaus in Grenzen hält.

Einige Verbesserungen

Erfreulich: Ein alter Zopf (die Laufbahnen einfacher, mittlerer, höherer, gehobener Dienst) wird abgeschnitten. Alle LehrerInnen gehören künftig der gleichen (und einzigen) Laufbahn an.

Erfreulich ist auch, dass es künftig für LehrerInnen an GHS und RS Beförderungsmöglichkeiten geben wird, so wie an den anderen Schularten auch. Zu befürchten ist jedoch, dass das dafür bereitzustellende Geld an anderer Stelle fehlen wird und dringend notwendige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht realisiert werden.

nicht einmal die Aufnahme von Verhandlungsrechten für BeamtInnen vor, welche ja mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar wäre. Deshalb können wir die Begeisterung der Regierung und einzelner Verbände über die angeblich »große Dienstrechtsreform« nicht teilen.

Drei Jahre länger unterrichten

In der öffentlichen Diskussion völlig unbeachtet blieb die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für LehrerInnen um drei Jahre. Zur grundsätzlichen Anhebung des Pensionsalters auf 67 kommt ein Passus, der uns ein weiteres Jahr beschert. War bisher das Schuljahr, in dem ein Lehrer bzw. eine Lehrerin 65 wurde, das erste Jahr des Ruhestands, soll künftig gelten:

LehrerInnen treten zum Ende oder auf Antrag zu Beginn des Schuljahres in den Ruhestand, in dem sie die allgemeine gesetzliche Altersgrenze erreichen. Für jeden vollen



Foto: imago/Steinach

Und auch die Umsetzung der sogenannten Leistungsbezahlung hätte aus unserer Sicht schlimmer kommen können. Dennoch betrachten wir diesen Eckpunkt mit großer Skepsis. Anstatt einen völlig unangemessenen Aufwand zur permanenten Beurteilung und Messung von individueller Leistung zu treiben – die wir im pädagogischen Bereich für kaum mess- bzw. vergleichbar halten – und anschließend in den Schulen durch diskriminierende Preisverleihungen Unfrieden und Demotivierung zu stiften, wäre die Politik besser beraten, die entsprechenden Gelder allen gleichmäßig zugutekommen zu lassen. Die Erfahrungen mit Leistungsprämien zeigen, dass Aufwand und Unmut über die Vergabe in einem krassen Missverhältnis zu Transparenz und Akzeptanz bei den Beschäftigten stehen. Deshalb fordert die GEW die Einarbeitung der für Leistungshonorierung bereitzustellenden Gelder in die Grundgehaltstabellen!

Keine Verhandlungsrechte für Beamtinnen und Beamte

Die Eckpunkte bedeuten auch keinen Fortschritt hin zu einem allgemeinen Dienstrecht für den öffentlichen Dienst, in dem die »künstliche« Trennung der Beschäftigten in ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen aufgehoben ist, wie es die GEW seit Langem fordert. Die vorgebliche »Reform« sieht

Monat ihrer Tätigkeit über das Erreichen der Altersgrenze (also künftig 67) hinaus erhalten sie einen Versorgungszuschlag, für jeden vollen Monat des Ruhestandseintritts vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze einen entsprechenden Versorgungsabschlag (s. Eckpunkt 5)

Wer also künftig ohne Abschlag an der Versorgung in den Ruhestand treten will, muss mindestens bis 67 plus, je nach Geburtsdatum bis fast 68 unterrichten. Wer z. B. am 5. August geboren ist, müsste dann bis fünf Tage vor dem 68. Geburtstag in die Schule gehen.

Darin sehen wir eine versteckte Sparmaßnahme. Denn es ist doch kaum glaubhaft, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker großen Wert darauf legen, 67-jährige Lehrerinnen und Lehrer in den Klassenzimmern zu sehen. Vielmehr spekulieren sie darauf, dass Lehrerinnen und Lehrer mit 64 Jahren in den vorgezogenen Ruhestand gehen und dabei bis zu 10,8 % Abschlag von ihrer Altersversorgung in Kauf nehmen.

Wir appellieren an die PolitikerInnen, hier ihre Fürsorgepflicht ernst zu nehmen und die geplante Erhöhung der Lebensarbeitszeit zurückzunehmen!

von Gele Neubäcker
Vorsitzende der GEW Bayern
und Mitglied im HPR





Foto: Robert Michel

Klage gegen Konkordatslehrstuhl

Obwohl es sie seit Jahrzehnten gibt, sind sie weitgehend unbekannt: die so genannten »Konkordatslehrstühle«.

Insgesamt 21 solcher Lehrstühle existieren an den pädagogischen, sozialwissenschaftlichen und philosophischen Fakultäten der sieben bayerischen Universitäten in Augsburg, Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg und Würzburg. Diese Lehrstühle, so heißt es im Konkordatsvertrag (Art. 3 § 5) zwischen der katholischen Kirche und dem bayerischen Staat, werden nur besetzt, wenn vom zuständigen Bischof »gegen deren Inhaber hinsichtlich ihres kirchlich-katholischen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist.«

Diese bayerische Spezialität ist 1974 eingerichtet worden, als nach den langen bildungspolitischen Debatten der 60er Jahre die Konfessionsschulen durch den erfolgreichen Volksentscheid in Bayern endlich abgeschafft worden waren. Als Kompensation für diesen Verzicht erhielt die katholische Kirche vom Staat den Zugriff auf diese 21 Konkordatslehrstühle. Im bayerischen Landtag argumentierte man damals, dass es den rechtgläubigen künftigen PädagogInnen nicht zugemutet werden könne, ihre fachliche Ausbildung ohne den seelsorgerischen Beistand und die rechte Betreuung zu absolvieren. In Wahrheit ging es jedoch darum, der katholischen Kirche den Einfluss auf das Erziehungs- und Bildungswesen in Bayern zu sichern, nunmehr durch die Kontrolle der Ausbildung der LehrerInnen und ErzieherInnen an den staatlichen Hochschulen. Dieser Einfluss der Kirche aber scheint am besten dadurch gewahrt zu sein, dass über die Existenz dieser Lehrstühle möglichst wenig Bekanntheit und Öffentlichkeit herrscht.

Nun haben sieben ausgebildete Philosophen Anfang Juni gegen den Anachronismus einer solchen Verquickung von Wissenschaft und Religion und den Verstoß gegen die welt-

anschauliche Neutralität des Staates eine Klage eingereicht, die auch von uns, der GEW Bayern, unterstützt wird. Sie haben einen Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt, um das Berufungsverfahren für den Konkordatslehrstuhl der Philosophie, das derzeit an der Universität Erlangen läuft, zu stoppen und die Verfassungsmäßigkeit dieser Einrichtung gerichtlich prüfen zu lassen. Alle Antragsteller sehen sich in ihrem Verfassungsrecht beschränkt, sich trotz ihrer fachlichen Qualifikation für diese Stelle zu bewerben, da sie nicht der katholischen Kirche angehören. Sie sind bereit, für ihr Recht bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu gehen.

Finanzielle Unterstützung nötig

Wer die Lage kennt, weiß nicht nur, dass Prozesse dauern und kosten, sondern weiß auch, dass ein Prozess mit diesem Gegner, der katholischen Kirche, wo es um ihren Einfluss auf Staat und Erziehung geht, höchst langwierig und kostspielig sein wird. Wir rufen daher unsere LeserInnen auf, diese Auseinandersetzung um Grundfragen unseres Erziehungs- und Bildungswesens nicht nur ideell, sondern auch durch eine (steuerabzugsfähige) Spende materiell zu unterstützen. Unter dem Stichwort »Klage Konkordatslehrstuhl« sind folgende Spendenkonten eingerichtet worden:

Giordano-Bruno-Stiftung: Konto-Nr. 2595 70000, Commerzbank Frankfurt-Höchst (BLZ 500 400 00);

Humanistische Union: Konto-Nr. 3074 200, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 10020500).

von Alexander von Pechmann

Privatdozent für Philosophie an der Universität München



Auf dem Weg zum gläsernen Bürger:

Der gläserne Schüler

Das geplante Gesetz zur Neugestaltung des Verfahrens »Amtliche Schuldaten« (ASD) ist ein Schritt hin zum »gläsernen Schüler«. In Zukunft sollen nicht nur SchülerInnen-daten in den Schulen zur Verwaltung erhoben werden, von denen auch einige in statistischer Form an das Kultusministerium gehen, sondern es soll eine bundesweite zentrale »Auswertungsdatei« geben. Diese Änderung darf nicht isoliert betrachtet werden.

Die Gesetzesinitiativen, die mit der Föderalismusreform in Bayern gestartet wurden, umfassen vielmehr eine grundsätzliche Beschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte: Dabei spielen der »Gläserne Patient« im Gesundheitswesen, der Generalverdacht bei der geplanten Online-Durchsuchung oder der Autobahnüberwachung ebenso eine Rolle wie der aktuelle Gesetzesvorschlag zur Versammlungsfreiheit. Gemeinsam ist den geplanten Gesetzen die Erweiterung der Befugnisse des Staates und die damit verbundene Einschränkung der persönlichen bürgerlichen Freiheiten. Ergebnis der neuen Gesetze sind gigantische Datensätze, die nicht mehr von Teilen der Bevölkerung erstellt werden, sondern zunehmend von allen.

Bei der Neuregelung der Erhebung der »Amtlichen Schuldaten« handelt es sich um eine Totalerfassung der SchülerInnen. Entsprechende Datenbanken für Berufsausbildung und Studium existieren bereits. Eine Totalerfassung wird aber vom Bundesverfassungsgericht sogar bei einer Volkszählung abgelehnt. Das neue Gesetz regelt die Erstellung einer »operativen Datenbank« mit personenbezogenen Daten von SchülerInnen und LehrerInnen. Welche Daten erhoben werden und wer diese einsehen darf, regelt eine Verordnung. Damit kann der derzeitige »Kerndatensatz« willkürlich um jede persönliche Information (sozialer Stand, besondere Fähigkeiten, disziplinarische Auffälligkeiten etc.) erweitert werden. Diese Daten gehen »pseudonymisiert« in eine »Auswertungsdatenbank« ein, die bundesweit zentral verwaltet wird. Die Datensätze »Schule«, »SchülerIn« und »LehrerIn« werden verknüpft.

Einige Einzelheiten des Gesetzesentwurfs sind bedenklich: Die Löschfristen gehen über die derzeitigen Regelungen für Lehrkräfte hinaus oder sind (bei der »Auswertungsdatenbank«) nicht genannt. Wozu werden Verknüpfungen mit den Daten der LehrerInnen benötigt? Dürfen die Betroffenen die Datensätze einsehen und ggf. eine Gegendarstellung verfassen? Auch eine Pseudonymisierung bleibt letztlich immer unsicher: Wieweit geht diese, wenn gleichzeitig eine ID zugeordnet wird?

Welche Auswirkung die Erhebung der Datensätze aber für die Arbeit der Lehrkräfte in den Schulen hat, wenn ausdrücklich von einer Pflicht zur »Plausibilitätsprüfung« der Daten durch die Schule gesprochen wird, dürfte denen klar sein, die aus der deutschen Geschichte lernen wollen. Das

Vertrauensverhältnis zwischen den Lehrkräften und den SchülerInnen wird darunter leiden. Erste Erfahrung mit einer nicht sehr plausiblen Datenerhebung haben wir bereits: Vor zwei Jahren wurde eine Befragung der SchülerInnen zu ihren Sprachkenntnissen und zu ihren häuslichen Sprachgewohnheiten mit der Begründung durchgeführt, der Migrationshintergrund der SchülerInnen könne nach dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz nicht mehr festgestellt werden. Die Datensätze wurden durch Ersetzen der Vor- und Nachnamen durch die Anfangsbuchstaben »anonymisiert« und zusätzlich mit der Klassenbezeichnung versehen. Die Erhebung und die Anonymisierung waren höchst zweifelhaft. Die Auswirkung einer Totalerhebung aller SchülerInnen über ihre zu Hause genutzte Sprache ist im ausländerrechtlichen Sinne nicht abzusehen.

Die zentrale Erfassung von Daten über Kenntnisse und Fähigkeiten von jungen Menschen, aber auch die zugleich erfassten Schwierigkeiten in anderen Bereichen eröffnet äußerst bedenkliche Möglichkeiten: Darf der künftige Ausbilder (Lehrberuf oder Universität) auf die Daten zurückgreifen und welche Auswirkungen hat das für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Gelten in Zeiten der Forderung nach einem verschärften Jugendstrafrecht noch die Regelungen für den Jugendschutz oder werden in Zukunft die Polizeibehörden sich verstärkt in den Bildungs- und Erziehungsprozess der Schulen einmischen?

Wir wollen nicht die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen den SchülerInnen und uns Lehrkräften! Die Kinder und Jugendlichen sollen sich mit ihren Problemen an uns wenden können, ohne Angst, dass wir Informationen an Dritte weitergeben.

Wir wollen eine möglichst freie und von außerschulischen Institutionen unüberwachte Entwicklung der Jugendlichen! Wir wollen nicht darüber nachdenken müssen, was ein Staat in Zukunft mit der Totalüberwachung seiner Jugend anzufangen weiß!

Deshalb lehnen wir die Erfassung von personenbezogenen Daten für eine zentrale Datenbank grundsätzlich ab!



von Michael Schätzl
Landesfachgruppe Gymnasien



Foto: imago/Seeliger



Foto: Robert Michel

Alter leben – Verantwortung übernehmen

Motto des nächsten SeniorInnentags der GEW

Bist du eigentlich noch in der GEW?«, fragte mich kürzlich ein Kollege, den ich längere Zeit nicht gesehen hatte.

»Ja, natürlich«, sagte ich.

»Wieso natürlich? Ich trage mich mit dem Gedanken, aus der GEW auszutreten, seitdem ich pensioniert bin.« Es klang ziemlich entschlossen.

»Und warum das?«

»Ich wüsste nicht, was die GEW noch für mich tun könnte, jetzt wo ich pensioniert bin. Und den Beitrag, also den fand ich schon immer ganz schön happig.« Ich wollte ihm nicht mit einer Variante der wohlfeilen Kennedy-Phrase kommen: »Frage nicht, was die GEW für dich tun kann, sondern frage, was du für die GEW tun kannst.« Doch als hätte er geahnt, was mir gerade durch den Kopf ging, sagte er: »Außerdem glaube ich nicht, dass ich der GEW mit meinen 66 Jahren noch viel nützen könnte.

Alte und ältere Mitglieder haben wir verdammt genug.«

Damit war das Gespräch, das kaum begonnen hatte, im Grunde beendet, denn ich hatte nicht den Eindruck, dass mein Kollege nur darauf wartete, umgestimmt zu werden. Dennoch wollte ich ihn nicht einfach ziehen lassen.

»Sieh es doch mal so«, sagte ich, »dableiben aus Solidarität, die GEW hat viel für mich getan, u. a. meine Besoldung verbessert, also bin ich dankbar und bleibe. So ungefähr hat es ein Kollege auf dem letzten SeniorInnenseminar formuliert.«

»Klingt nicht schlecht, aber für mich als beamteten Gymnasiallehrer galt und gilt das doch nur sehr begrenzt.«

»Das kommt auf die Perspektive an. Zwar werden die Gehälter der Beamten, also auch der Lehrer nicht frei ausgehandelt, sondern von den öffentlichen Arbeitgebern letztlich festgesetzt, aber in ihren Gesprächen mit den zuständigen Verbänden orientieren sie sich an den Abschlüssen, auf die sie sich in den Tarifrunden mit den entspre-

chenden Gewerkschaften geeinigt haben. Bei den gegenwärtigen bundesweiten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitgebern des Bundes und der Kommunen auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite ist die GEW mit ver.di und anderen Gewerkschaften wie beispielsweise der GdP übrigens direkt als Verhandlungspartner beteiligt.« Aber da gehe es doch hauptsächlich um Erzieherinnen, Krankenschwestern, Polizisten und Müllwerker, meinte mein Kollege, die angestellten Lehrkräfte blieben da eher im Hintergrund.

Dazu wäre einiges zu sagen gewesen, doch mir ging es um den Gedanken der »Solidarität«, mit dem ich mehr gemeint hatte als nur den gemeinsamen Kampf für Einkommensverbesserungen, so existenziell wichtig sie für den Einzelnen, die Einzelne auch sind. Ebenso wie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und optimale Arbeitsbedingungen habe ich sie nie isoliert gesehen, sondern sie immer zugleich als notwendige Schritte auf dem Weg in eine wirklich humane und sozial gerechte Gesellschaft betrachtet. Ohne Solidarität, ohne echten Gemeinsinn, ohne ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und den Willen, füreinander einzutreten, können wir dieses Ziel nicht erreichen.

Bevor wir uns voneinander verabschiedeten, bat ich ihn noch, auf jeden Fall bei einer unserer nächsten Kreisvorstandssitzungen vorbeizuschauen. »Ich bin sicher«, sagte ich, »dass sich dort eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion über das »Dableiben« und eventuelle Mitmachen entwickeln wird.«

Mich beschäftigte das Gespräch noch eine ganze Weile, einmal weil es mir im Nachhinein irgendwie das Gefühl gab, den Zeitgewinn, den mir der sogenannte Ruhestand gebracht hat, bisher insgesamt sinnvoll angelegt zu haben. (Sofern man/frau »Zeit« überhaupt »anlegen« kann. Aber das ist ein eigenes Thema.) Zum ande-

Der Zeitgewinn

ren wollte ich mir über die milde Euphorie klar werden, die sich bei mir gegen Ende der kurzen Begegnung meldete. Es hing offensichtlich mit dem Verlauf der Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2008 zusammen, die ich im Gespräch erwähnt hatte. Selten in den letzten Jahren habe ich mich so sehr für eine Tarifauseinandersetzung interessiert wie für diese. Die Berichterstattung darüber in der »E&W«, in der »DDS« und in Tages- wie Wochenzeitungen habe ich mir bis ins letzte Detail zu Gemüte geführt. ErzieherInnen, LehrerInnen, städtische Bedienstete und PolizistInnen kämpften gemeinsam für ihre Interessen und erfuhren dabei eine Resonanz in der Bevölkerung, wie ich sie nur beim Streik der LokführerInnen erlebt hatte.

Noch etwas kam hinzu. In Düsseldorf rief die GEW für den 5. März die dortigen ErzieherInnen und LehrerInnen zu Warnstreiks auf. In Düsseldorf, wo unsere jüngste Enkelin in den Kindergarten geht und ihre ältere Schwester die Grundschule besucht! Zwar konnte ich die Ereignisse dort nur aus der Ferne verfolgen und auch an der Kundgebung in Nürnberg einen Tag später nicht teilnehmen, aber aus Düsseldorf war gleichfalls zu hören, dass die meisten Eltern der betroffenen Kinder die Forderungen der ErzieherInnen und LehrerInnen unterstützten. Auf den Bildern von den Aktionen in verschiedenen Städten, die ich mir aus dem Internet herunterlud, waren auch ältere Männer und Frauen zu sehen, vermutlich Großmütter und Großväter, vielleicht aber auch einfach ältere GEW-Mitglieder, die den streikbereiten Kolle-

gInnen ihre Solidarität bekunden wollten.

Und diese sichtbare Solidarität war es wohl auch, die mich in eine so gute Stimmung versetzt hatte. Ich glaube nicht, diese Ereignisse überzubewerten, und auch nicht zu weitreichende Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Allerdings machten sie mir einmal mehr bewusst, auf welche Seite ich in dieser Auseinandersetzung gehörte und wo überhaupt mein Ort in dieser Gesellschaft ist. »I'm working class«, heißt es in England, und nimmt man/frau dieses Selbstverständnis »cum grano salis«, so gibt es genau mein gegenwärtiges gesellschaftliches Bewusstsein wieder, auch wenn ich im engeren Sinne nicht mehr »arbeite«. Mit zunehmendem Alter wird das, was man/frau für ein Mehr an Humanität und sozialer Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft tun kann, naturgemäß weniger werden. Dennoch gibt es immer genug zu tun, wofür man/frau seinen/ihren Kräften gemäß auch dann noch Verantwortung übernehmen kann. In einer Bildungsgewerkschaft wie der GEW für Chancengleichheit in jeder Hinsicht ohne Wenn und Aber einzutreten, ist sicher nicht die schlechteste Wahl, die man/frau im letzten Drittel oder Viertel oder Fünftel seines/ihrer Lebens (wer weiß das schon?) treffen kann. In diesem Sinne sind wir zum Mitmachen nie zu alt.

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
E-Mail: hannes.henjes@gmx.de



Zum Übergang vom Beruf in den Ruhestand.

Überlegungen und Vorschläge zur aktiven Gestaltung des nach-beruflichen Lebens.

Workshop für angehende RuheständlerInnen und ihre PartnerInnen. Mit H.-W. Kuhlen

24. bis 26. Oktober 2008 im Tagungshaus Benediktushöhe in 97225 Retzbach

Dieser Workshop wurde für Kolleginnen und Kollegen entwickelt, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden und die sich auf diese Umbruchsituation und die »Zeit danach« vorbereiten wollen.

Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen weiß der Workshop-Leiter, wie sinnvoll und notwendig es ist, die Partnerin/den Partner in diese Vorbereitung einzubeziehen. Deswegen wurde der Workshop so angelegt, dass sowohl Einzelpersonen als auch Paare mit Gewinn daran teilnehmen können. Bei letzteren macht es keinen Unterschied, ob zum Beispiel beide Personen gleichzeitig in Ruhestand gehen; die eine Person pensioniert wird, während die andere noch längere Zeit arbeiten wird; oder ob vielleicht einer/eine sich bereits im Ruhestand befindet.

Zielstellung

Systematische Reflektion der mit dem Übergang verbundenen neuen Herausforderungen, Chancen und auch Schwierigkeiten. Austausch von Erfahrungen und gemeinsames Erarbeiten von Antworten auf die Frage »Wie will ich, wie wollen wir in den nächsten Jahren leben?«

Themen

- Abschied vom Beruf
- Übergangsphase/Eintritt in den Ruhestand
- Leben nach dem Beruf

Informationen

- Politische, statistische und andere gesellschaftlich relevante Daten zur Demografie und zu den Veränderungen im »Dritten Lebensabschnitt«
- Aktivität und Engagement im Ruhestand, Beispiele für Möglichkeiten innerhalb und auch außerhalb der GEW

Methoden

Impulsreferate, Berichte und Erfahrungsaustausch, Kleingruppen, Plenum, kreative Techniken. In Abstimmung mit Interessen, Erfahrungen, Wünschen und auch Befürchtungen der TeilnehmerInnen wird sowohl prozess- als auch ergebnisorientiert gearbeitet.

Anmeldungen: GEW Bayern, Susanne Glas, Schwanthalerstr. 64 • 80336 München

Tel. 0 89-54 40 81 16 • E-Mail: sg@bayern.gew.de



Jugend und Schulden

Seit Längerem geistert das Phänomen Jugendschulden durch die Medien. Die Sendung »Der Schuldnerberater« etwa greift Einzelschicksale heraus, um über Emotionen Aufmerksamkeit und Verständnis zu wecken. Jugendliche präventiv zu sensibilisieren und ihnen in einer finanziell schwierigen Situation beizustehen, ist die Aufgabe von CASHLESS-MÜNCHEN, einem Präventionsprojekt der Münchner AWO, der Anderwerk GmbH, des KJR München-Stadt und des DGB.

Ein Ziel – viele Wege

CASHLESS vermittelt Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch thematische Informationsveranstaltungen Wissen in Finanzangelegenheiten, um damit Verschuldung vorzubeugen. Neben kognitiven Zugängen, z. B. bei Seminaren im Schulunterricht, bieten wir auch die Möglichkeit, Konsum und Schulden auf kreative Art und Weise anzugehen. So haben wir ein Film-, ein Theater- und ein Fotoprojekt ins Leben gerufen. Konsum, Armut und Verschuldung sind stark emotional besetzt und können durch spielerische Methoden ganz neu »bearbeitet« werden. Gedanken und Gefühle buchstäblich in Szene zu setzen, wirkt besonders nachhaltig. Da Jugendliche selbst die »Darsteller« oder »Akteure« sind, ist zudem das Identifikationspotenzial für andere Jugendliche höher.

Aus dem Fotoprojekt »Jeder seiner Schulden Schmied?« sind beispielsweise

eine Wanderausstellung und eine Ton-Dia-Show entstanden. Die Wanderausstellung kann auf Anfrage in verschiedenen Münchner Einrichtungen gezeigt werden, die Ton-Dia-Show eignet sich sehr gut als Diskussionsgrundlage, um mit Jugendlichen über Konsum und Schulden ins Gespräch zu kommen. Auch bei dem Fotoprojekt war der erste Schritt, Jugendliche selbst zu Wort kommen zu lassen.

»Jeder seiner Schulden Schmied?«

Für das Fotoprojekt »Jeder seiner Schulden Schmied?« wurden Jugendliche in zwei Münchner Freizeiteinrichtungen zu den Themen Bedeutung von Geld und Schulden anhand von leitfadengestützten Interviews befragt und gebeten, besondere Erlebnisse mit Geld in ein Tagebuch einzutragen. Die gewonnenen Aussagen wurden gemeinsam mit den Jugendlichen in Fotomotive »übersetzt«. Bei der Konzeption und Realisierung der einzelnen Bilder legten wir Wert darauf, dass der »Geist« der Aussagen möglichst erhalten blieb. Wichtig war uns bei den fotografischen Inszenierungen, Person und Inhalt einer Aussage zu trennen, d. h. die jeweiligen Äußerungen der Jugendlichen von »anderen« spielen« zu lassen. Dies entsprach unserer Absicht (wie auch dem Wunsch der meisten Akteure), die Anonymität der Beteiligten zu wahren.

Die Fotoszenen und die diesen zugeordneten Kommentare bilden eine Einheit zu einem jeweiligen thematischen Hintergrund (Kosten der Mobilität; Lie-

be und Geld; Wirkung und Reaktion auf Werbung; Schulden und Bank; Geld und Familie). Wie die Fotos stellen auch die Kommentare gestalterische Verkürzungen, Erweiterungen, Pointierungen wie auch ironische Brechungen von Befunden dar, die wir – zusammen mit den jugendlichen »Akteuren« – festhalten und fotografisch wie textlich illustrieren wollten.

Ansichten der Jugendlichen

Fast alle der befragten Jugendlichen haben eigene Erfahrungen mit Schulden, wenngleich in recht unterschiedlicher Brisanz.

Insgesamt gewannen wir den Eindruck, dass die befragten Jugendlichen den Tatbestand »Schulden« nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie wissen, dass sie nicht naiv und blind ins finanzielle Minus tappen, sondern es sich oft selber zuzuschreiben haben, dass sie »schuld« sind, wenn sie Schulden haben, weil sie sie machen. In den Bildern haben die Jugendlichen Schulden als sehr belastend und ernstzunehmend dargestellt. So ist auf einem Foto eine junge Braut zu sehen. Der Untertitel des Bildes lautet: »Sag mal bist Du verheiratet? Nein, ich zahl grade den dritten Kredit meiner Eltern zurück.«

Die Ton-Dia-Show

Die einzelnen Bilder wurden in eine »Ton-Dia-Show« umgewandelt, die je weiligen Kommentare wurden durch mehrere Off-Sprecher vertont.

Die Ton-Dia-Show ist als DVD kostenlos bei CASHLESS erhältlich und dauert elf Minuten. Sie kann außerdem auf der Homepage www.cashless-muenchen.de unter der Rubrik Kulturprojekte (Foto) angesehen werden. Das Projekt »Jeder seiner Schulden Schmied?« ist von CASHLESS-MÜNCHEN initiiert und von Frau Nikolaidou und Herrn Lösch umgesetzt worden. Für die audio-visuelle Realisation war Herr Osmanovic verantwortlich.

von **Claudia Caspari**

Mehr Informationen:

CASHLESS-MÜNCHEN

Präventionsprojekt Jugendschulden

Paul-Heyse-Str. 22 • 80336 München

Tel. 0 89-5 14 10-69 83 • Fax: -696

E-Mail: info@cashless-muenchen.de

Internet: www.cashless-muenchen.de

Aktion der Belegschaft des Vereins für Sozialarbeit

Erstmals in der Geschichte des Vereins für Sozialarbeit haben vor einigen Tagen Beschäftigte vor der Geschäftsstelle demonstriert und die Einführung des TVöD gefordert.

Es war die erste öffentliche Aktion und der Auftakt. Die

Haltung der Geschäftsführung hat sich, offensichtlich, auch nach dieser ersten Aktion noch nicht in Richtung Tarif bewegt. Sie verfolgt weiterhin das Ziel, lediglich ein Entlohnungssystem im Rahmen einer bloßen Betriebsvereinbarung festzulegen. Der Entwurf der Geschäftsführung beinhaltet zahlreiche Benachteiligungen gegenüber tariflich Beschäftigten. Die Form einer bloßen Betriebsvereinbarung erlaubt natürlich zukünftig schnelle, weitere Verschlechterungen ohne Prüfung und Gegenwehrmöglichkeit durch gewerkschaftliche Mittel. Begründet wird dies, wie üblich, mit der Konkurrenzsituation, die die Übernahme der Rechte des TVöD nicht erlaube. Aber sollen Gehalt und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen wirklich Verschiebemasse sein, mit



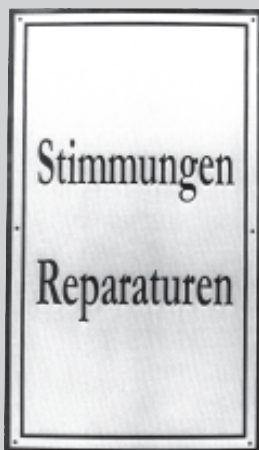
der die Geschäftsführung sich gegen die Risiken der wirtschaftlichen Lage und gegen eigene Fehlentscheidungen absichert? Sollen wir wirklich mitwirken an der Abwärtsspirale aller im sozialen Bereich Tätigen?

Man darf nicht vergessen, dass sich die Geschäftsführung auch vor der kritischen Prüfung durch Fachleute der Gewerkschaft schützt.

Die Beschäftigten des Vereins sehen sich mit ihrem Anliegen noch nicht ernst genommen und wollen weiter darauf hinarbeiten, dass die Geschäftsführung den Tarif unterschreibt.

Joachim Peter Graf

für die GEW/Verdi-Betriebsgruppe



Leserbrief zum Artikel
»Martin geht in die Schule«
in der DDS Juni 2008

**Lassen wir uns weiterhin für
dumm verkaufen ... oder ist
Bildung doch mehr wert?**

»Erzieherinnen und Erzieher mit Hochschulstudium...« und »Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen arbeiten zusammen...«

Da frage ich mich schon, wie die GEW in der DDS in ihrer Aus-

gabe vom Juni 2008 diese beiden Artikel direkt nacheinander bringt, ohne dass jemandem dabei etwas auffällt.

Vielleicht geht es der Autorin Renate Heissl-Deporta ja inhaltlich um etwas Sinnvolles und vielleicht sind die Berufsbezeichnungen in Südtirol ja anders als in Bayern. Trotzdem, als ERZIEHERIN in einer bayerischen Kindertagesstätte fühle ich mich mit dem Begriff der »Kindergärtnerin« in meinem Berufsstand, mit 5-jähriger Ausbildung, mit ständiger Weiterbildung etc. schon ziemlich angegriffen und abgewertet. Oft genug wird noch immer der Begriff der Kindergärtnerin verwandt und die Mehrheit denkt dabei an die »immer fröhliche Mitarbeiterin einer Kita, die »nur« mit den Kindern spielt«. Das Bewusstsein, dass hinter dem Berufsstand der Erzieherin ein Bildungs- und

Erziehungsplan, eine 5-jährige Ausbildung, stetige Weiterbildung und die anspruchsvolle Bildung und Erziehung von Kindern sowie Beratung deren Erziehungsberechtigten stehen, ist meines Erachtens noch lange nicht in alle Köpfe gelangt. Und der Titel der Kindergärtnerin tut sein Übriges dazu, dass der Berufsstand der Erzieherinnen und Erzieher weiterhin nicht so anerkannt wird, wie es die Kolleginnen und Kollegen verdient haben. Dass ausgerechnet die GEW in ihrer DDS nicht merkt, dass man den Artikel oben genannter Journalistin um eine richtige Berufsbezeichnung bereichern könnte, finde ich schon sehr schwach.

Dabei wollen wir doch, wie auch im Tarifstreit deutlich wurde, dem Berufsstand der Erzieherinnen und Erzieher endlich die Anerkennung zukommen lassen, die er verdient.

BILDUNG IST MEHR WERT

Gesine Teufer, Nürnberg

Gesine Teufer hat natürlich recht. Aber das Versäumnis der Redaktion liegt an anderer Stelle. Der Artikel von Frau Heissl-Deporta kam kurz vor Druckbeginn der letzten DDS bei uns an. Uns fielen sowohl die Bezeichnungen als auch die teilweise fehlende Genderung der Berufsbegriffe sehr wohl auf. Allerdings war Frau Heissl-Deporta nicht zu erreichen, die DDS musste in die Druckerei und wir konnten den Artikel nicht ohne Zustimmung der Autorin ändern, zumal wir nicht wussten, ob die Berufsbezeichnungen und die Situation in Südtirol tatsächlich nicht einfach so sind, wie im Artikel beschrieben. Dass wir unsere Bedenken hinsichtlich der Bezeichnungen nicht ausdrücklich unter dem Artikel vermerkt haben, ist unser Versäumnis. Das tut uns leid. K.J.

KULTURmobil

wieder in Niederbayern unterwegs

Im elften Jahr schickt der Bezirk Niederbayern vom 28. Juni bis zum 7. September das KULTURmobil übers niederbayerische Land. Die Projektorganisation und -leitung liegt wieder beim Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder.

Im Sommer 2008 gibt es erneut zwei Uraufführungen:

Viele erinnern sich sicher noch an die Pantomime Ingrid Irllicht, die 2005 Groß und Klein mit »Enemenesuprabene« aufs Beste unterhielt. In diesem Jahr nun kommt sie wieder mit der für KULTURmobil entwickelten Produktion »Zirkus Pantomimi«.

Nach dem 2007 uraufgeführten zeitgenössischen Stück »Der Gondoliere vom Halser Stausee« wendet sich KULTURmobil in diesem Jahr wieder einem klassischen Theaterstoff zu, nämlich Molières »Der Menschenfeind«. Gespielt wird die erste bayerische Fassung »Der verliebte Grantler«, geschaffen von Josepha Sophia Sern, Elmar Raida und Martina Veh.

Beide Produktionen garantieren auch in diesem Jahr wieder ein zauberhaftes Theater- und Musikerlebnis.

Alle Termine und Auftrittsorte gibt es bei:

KulturBüro Maria Bruckbauer

Niedermayerstr. 12 • 84028 Landshut

Tel.: 08 71-27 36 76

info@kulturbuero.biz • www.kulturmobil.de

Nachrichten im Fernsehen – Mit FLIMMO Kinder altersgerecht informieren

In vielen Familien ist das gemeinsame »Nachrichten-Sehen« ein fester Bestandteil des abendlichen Fernsehrituals. Für Kinder bedeuten Nachrichtensendungen jedoch oft mehr Frust und Langeweile als Freude am Wissen: Durch abstrakte Sprache, Fremdwörter und fehlende Hintergrundinformationen ist das aktuelle Weltgeschehen für die jungen Fernsehzuschauer kaum zu verstehen. Die Flut an Informationen können sie nur schwer aufnehmen und verarbeiten. Bilder von Katastrophen, Krieg und Verbrechen machen ihnen Angst. Eltern stehen darum vor der schwierigen Aufgabe, den goldenen Mittelweg zu finden: Sie sollen den Kindern die Informationen über die Welt, in der sie leben, nicht vorenthalten, sollen sie aber auch nicht überfordern und ängstigen.

Der Programmratgeber FLIMMO möchte Eltern dabei helfen, die passenden TV-Nachrichten für Kinder auszuwählen. In der aktuellen Ausgabe informiert FLIMMO darüber, welche Sendungen die tagesaktuellen Meldungen kindgerecht aufbereiten und welche Fernsehnachrichten Kindern Probleme bereiten könnten. Darüber hinaus gibt FLIMMO auch ganz konkrete Tipps, was Eltern bei der Programmauswahl beachten sollten und wie sie ihren

Dies und Das

Kinder helfen können, die Informationen richtig zu bewerten und einzuschätzen.

Der FLIMMO ist in vielen Apotheken, Arztpraxen, Bibliotheken, Schulen und Kindergärten kostenlos erhältlich.

Öffentliche Bezugsstellen finden Interessierte im Internet unter:

www.flimmo.tv/bezugsstellen

Wettbewerb 2008 »Die gelbe Hand«

Bereits zum vierten Mal schreibt der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« e. V. den Wettbewerb »Die Gelbe Hand« aus. Alle Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen, Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen und Mitglieder von Gewerkschaften sind aufgerufen, Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einzusenden. Es gibt attraktive Preise zu gewinnen. Gesucht werden Beiträge jedweder Art. Sie sollen andere dazu ermuntern, selbst gegen Rassismus und für Gleichberechtigung aktiv zu werden. Dazu muss weder viel Zeit investiert werden noch ist großes technisches Knowhow erforderlich. Viel wichtiger ist es, einen kreativen Zugang zum Thema zu finden und dadurch couragiertes Handeln erfahrbar zu machen.

Ideen, Anregungen und weitere Informationen gibt es unter

www.gelbehand.de/wettbewerb

Newsletter-Angebot:

»Aktiv + Gleichberechtigt«

Das monatlich erscheinende »Aktiv + Gleichberechtigt« bietet Informationen über Beispiele aus der Arbeitswelt für die Gleichberechtigung von Migrantinnen und Migranten sowie Arbeitnehmende mit Migrationshintergrund. Menschen, die aktiv sind, oder solche, die es werden möchten, finden hier Informationen zu Initiativen und Projekten aus Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Schule und Hochschule. Dazu gehören Kontaktinformationen und Berichte über Tagungen, Kooperationspartner etc. »Aktiv + Gleichberechtigt« vernetzt AkteurInnen, indem es Initiativen vorstellt, Good-Practice-Beispiele liefert und Mut macht für eigene Initiativen.

»Aktiv + Gleichberechtigt« hat für seine beispielhafte Arbeit im Mai 2006 einen Ehrenpreis des Bündnisses für Demokratie und Toleranz erhalten. Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« e. V., in dem die GEW Mitglied ist, bietet auch den GEW-Mitgliedern an, den Newsletter »Aktiv + Gleichberechtigt« zu abonnieren. Wer in den Mail-Verteilern des Vereins aufgenommen werden möchte, kann dies tun unter:

www.gelbehand.de

Was geschah am 2. Mai 1933?

Für die Klassen acht bis elf aller Schularten läuft ein Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die Geschehnisse des 2. Mai 1933, die Überfälle des Nationalsozialismus auf die Gewerkschaftsbüros, recherchiert und dargestellt werden. Zu gewinnen sind Preise im Gesamtwert von 25.000 Euro.

Ab sofort bis zum 15. Oktober 2008 ist die Anmeldung zu dem Wettbewerb möglich. Die Wettbewerbsbeiträge müssen bis zum 12. Januar 2009 abgegeben werden. Eingereicht werden können Einzel-, Gruppen- und Klassenarbeiten. Die Preisverleihung wird am 2. Mai 2009 voraussichtlich in Berlin stattfinden. Ausgewählte Beiträge werden in einer umfangreichen Publikation gedruckt.

Organisator des Schülerwettbewerbs ist die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO in Kooperation mit den DGB-Landesbezirken. Die Geschichte vieler Gewerkschaftshäuser in Deutschland ist gut aufgearbeitet, die Schülerinnen und Schüler können bei ihren Recherchen auf umfangreiches Quellenmaterial zurückgreifen. Das Thema des Wettbewerbs lässt sich auch in den regulären Unterricht integrieren.

Schirmherrin ist Eva-Maria Stange, sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, früher Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Die Einzelheiten des Wettbewerbs stehen im Internet:

www.zweiter-mai-1933.de

Planspiel »Voll die Party«

Alkohol ist das am häufigsten konsumierte Rauschmittel im Jugendalter. Immer mehr Jugendliche trinken Alkohol in riskanten Mengen. So ist die Zahl der alkoholbedingten stationären Aufnahmen in der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen zwischen 2000 und 2004 um 49 % gestiegen. Es braucht also dringend konkrete Ansätze, um mit Jugendlichen das Thema »Risiken des Alkoholkonsum« zu besprechen und einen verantwortungsvollen Umgang zu erlernen.

Das Planspiel »Voll die Party« ist eine soziale Simulation oder »Erkenntnisübung«, um den sozialen Druck beim Trinken und die Auswirkungen von Alkoholmissbrauch aufzuzeigen. Das Spiel will Jugendlichen helfen, ihr Verhalten im Alltag zu reflektieren und sich mit dem Thema Gruppendruck und Risikoeinschätzung auseinanderzusetzen.

Die Aktion Jugenschutz bietet für Fachkräfte aus der Suchtprävention, Jugendschutzfachkräfte, Fachkräfte aus der Jugendarbeit, der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit an Schulen sowie Lehrkräfte eine Fortbildung zu »Voll die Party« an. Sie will TeilnehmerInnen Sicherheit in der Durchführung des Planspiels geben, eine qualitativ hochwertige Auswertung gewährleisten und weitere Möglich-

keiten der Alkoholprävention bei Jugendlichen aufzeigen. Die Teilnahme an der Fortbildung befähigt zur Durchführung und Weitergabe des Fortbildungskonzepts.

Termin: 23. September 2008, 9.30 - 16.30 Uhr
Ort: Caritas-Kinderdorf Irschenberg
Kosten: 20 Euro (inkl. Essen u. Getränke)
Anmeldeschluss: 25. August 2008
Weitere Infos und Anmeldung:

Aktion Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Bayern e. V.

Fasaneriestr. 17 • 80636 München

Tel.: 0 89-12 15 73-0 • info@aj-bayern.de

www.bayern.jugendschutz.de

Projekt ELTERN TALK: Kompetente Eltern – kompetente Kinder

ELTERN TALK steht für: Fachgespräch von Eltern für Eltern. Eltern treffen sich zu einem Erfahrungsaustausch über Erziehungsfragen in der Familie. Im Mittelpunkt stehen die Themen Medien und Konsum. Gastgeber sind Mütter und Väter, die andere Eltern zu sich nach Hause einladen und ins Gespräch kommen über Fragen wie: Was kann ich tun, wenn mein Kind zu häufig und zu lange vor dem Fernseher sitzt? Wie reagiere ich auf die Forderung des Kindes nach Mediennutzung und Konsum (Sammelhefte, -karten, Gameboy, Computerspiele, Süßigkeiten...)? Wieviel Taschengeld ist sinnvoll? Wie lernen Kinder den Umgang mit Geld? Ziel ist es, die Erziehungskompetenz von Eltern durch Eltern zu stärken, damit sie den Anforderungen in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen begegnen können. Zielgruppe sind Eltern von Kindern bis 14 Jahre. Das Projekt bietet die Struktur und den Rahmen für diese Gesprächsrunden – aber keine fertigen Lösungen. Der Erfolg hängt von allen ab, die sich zum Gespräch treffen und sich für den Austausch von Erfahrungen interessieren. Weitere Infos:

Aktion Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Bayern e. V.

Fasaneriestr. 17 • 80636 München

Tel.: 0 89-12 15 73-0 • info@aj-bayern.de

www.elterntalk.net

Emotional instabile und aggressive Mädchen und Jungen

Schwierige Jugendliche können PädagogInnen an die Grenzen ihrer pädagogischen Professionalität bringen. Fachwissen über instabile Persönlichkeiten und strukturierte Kommunikation eröffnen andere Wege des pädagogischen Umgangs. Die SET-Kommunikation mit den Prinzipien Support (Unterstützung), Empathy (Einfühlung) und Truth (Wahrheit) bietet Möglichkeiten der Strukturierung von schwierigen Beziehungen und Unterstützung bei der Steuerung der Interaktion mit den Mädchen und Jungen. Eine Fortbildung für Fachfrauen und Fachmänner umfasst folgende Inhalte: Erklärung psychischer Krankheitsbilder, vor allem emo-

Dies und Das

tional instabiler und aggressiver Störungen, Hintergründe und Handlungsstrategien, Erläuterung und Demonstration der SET-Kommunikation, Rollenspiele anhand von Fällen der TeilnehmerInnen z. B. zum Umgang mit aggressiven und depressiven Situationen oder selbstschädigendem Verhalten, typische Fehler in der Arbeit mit emotional instabilen und aggressiven Jugendlichen.

Termin: 15. und 16.10.2008, 9.30 - 17.00 Uhr
Kosten: 140 Euro

Anmeldeschluss: 15.9.2008

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Wirkungsvolle Elterngespräche führen

In vielen Berufsfeldern sind Kontakte mit Eltern notwendig: Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen u. a. Oft stehen Fachfrauen vor der Frage »Wie können diese Gespräche zugewandt, zielgerichtet und effektiv durchgeführt werden?«.

Hier setzt eine Fortbildung von IMMA an: In dem Seminar sollen folgende Themen bearbeitet werden: situationsgerechte Vorbereitung, Strategien der Gesprächssteuerung, effektive Fragetechniken, Definition von Gesprächszielen, Herstellen einer positiven Atmosphäre, Blockaden und Widerständen begegnen, Umgang mit Störungen. Termin: 8.10. - 10.10.2008, 9.30 - 17.00 Uhr
Kosten: 195 Euro

Anmeldeschluss: 8.9.2008

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Genderpädagogik – Pädagogik der Geschlechter

Koedukation erfordert die Integration geschlechtshomogener Mädchen- und Jungenarbeit unter dem Leitbild Gleichwertigkeit in der Differenz. Grundlagen dafür vermittelt eine berufsbegleitende 2-jährige Weiterbildung, die mit dem ersten von sechs Modulen vom 24. bis 28.10.2008 neu startet. Die Weiterbildung ist für Fachmänner und Fachfrauen konzipiert und wird mit einem hochschulnahen Zertifikat, wahlweise mit einem der Schwerpunkte Jungenarbeit und Jungenpädagogik, feministische Mädchenarbeit oder geschlechtergerechte Koedukation in Schule und Kita, abgeschlossen. Sie bietet in sechs mehrtägigen Modulen Gender Facts, ermöglicht Genderdialoge und bietet Gendertraining.

Den Trägerverbund für die Weiterbildung bilden die Fakultät für angewandte Sozial-

wissenschaften der Hochschule München, das Institut für Jugendarbeit Gauting, das Jugendamt beim Sozialreferat der LH München, das Pädagogische Institut des Schul- und Kultusreferates, die Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit IMMA e. V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband. Unterlagen zur Fortbildung gibt es im Institut für Jugendarbeit in Gauting an dem die Fortbildung auch stattfindet:

Institut für Jugendarbeit des BJR

Germeringer Str. 30 • 82131 Gauting

Tel.: 0 89-89 32 33-0 • Fax: 0 89-89 32 33-33

info@institutgauting.de • www.institutgauting.de

Sicher im Internet?

Im Blickpunkt: Filtersoftware

Die aktuelle Ausgabe der MultiMediaNews mit dem Titel »Sicher im Internet? Im Blickpunkt: Filtersoftware« bietet einen Einblick in die Bandbreite von Filtersoftware. Es wurden dafür drei aktuelle Programme auf ihre Funktionsweise und Effizienz von MitarbeiterInnen des SIN getestet. Die Inhalte sind vor allem auch für Eltern interessant, die im Hinblick auf Schutzvorkehrungen vor kinder- und jugendgefährdenden Inhalten im Internet Rat suchen, da dieses Informationsblatt viele medienpädagogische Tipps enthält.

Die MultiMediaNews können kostenlos als PDF unter www.interaktiv-muc.de (Rubrik »Publikationen«) heruntergeladen werden. Dort finden sich auch weiterführende Informationen über Filtersoftware.

Die MultiMediaNews werden vom SIN – Studio im Netz e. V. im Auftrag der AG Inter@ktiv erstellt.

SIN – Studio im Netz e. V.

Haus der Medienbildung

Heiglhofstraße 1 • 81377 München

Tel.: 0 89-72 46 77 00 • Fax: 0 89-72 46 77 01

sin@sin-net.de • www.sin-net.de

AFS-Newsletter für LehrerInnen

Der neue LehrerInnen-Newsletter von AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. bietet fachlich kompetentes Hintergrundwissen sowie praxisnahe Tipps und Terminhinweise rund um den SchülerInnenaustausch. Zweimal im Jahr informiert künftig die größte gemeinnützige Austauschorganisation in Deutschland über alle Themen rund um den SchülerInnenaustausch und interkulturelle Bildung, immer mit Blick auf wichtige Termine und relevante Studienergebnisse. Interessierte LehrerInnen können den Newsletter bestellen unter:

www.afs.de/lehrernews

**Die
Klassenfahrtseite**
jede Woche neue Angebote

www.schulfahrt.de

Tel. 0 35 04/64 33-0

Interessante Veranstaltungen ab Juli 2008

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte bis auf Weiteres direkt an die DDS-Redaktion: Karin Just, KJ@bayern.gew.de

25.07.08	Papier = Kunst. Führung mit E. Claus, Neuer Kunstverein, anschließend GEW-Sommerfest	künstlerisches Sommerfest	Aschaffenburg KunstLANDing, 18.00 Uhr
26.-27.09.08	Weiterbildungspolitik in Europa. Chancen oder/und Gefahren für Weiterbildung in Deutschland. * Mit Dr. Stephanie Odenwald, GEW-Hauptvorstand	Seminar der LFG Erwachsenenbildung	Kallmünz Hammerschloss
27.09.08	Stolpersteine – alternative Lernorte und Bausteine für eine andere Erinnerungskultur. Mit P. Poth und H. Höllenrainer	Workshop	Ingolstadt 10.00-16.00 Uhr
10.-11.10.08	Die bildungspolitische Gemengelage in Bayern nach der Landtagswahl.	Jahresseminar der AG Perspektiven	Regensburg
24.-26.10.08	Zum Übergang vom Beruf in den Ruhestand. Überlegungen und Vorschläge zur Gestaltung des nach-beruflichen Lebens. Mit H.-W. Kühlen. */** (Näheres siehe Seite 17)	Workshop für angehende RuheständlerInnen	Retzbach Tagungshaus Benediktushöhe
21.-22.11.08	GEW-Neumitgliederseminar. Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen. Mit Mitgliedern aus Landesverband und örtlichen/regionalen Untergliederungen *	Seminar	Landshut
21.-26.11.08	Elf Lehrkräfte-Typen – ein Ziel. Rückkehrer-Tagung für AuslandslehrerInnen. */** Mit Oskar Negt.	AGAL-Tagung	Mariaspring b. Göttingen Heimvolkshochschule

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87

** Teilnahmegebühr

Die GEW Bayern lädt ein: (K)ein Frauenberuf?

**Sozialpädagogische Berufe
sind Mehrwert!**

Samstag, 19. Juli 2008

10.00 bis 16.00 Uhr

EineWeltHaus München

Schwanthalerstr. 80

Die Bedingungen frühkindlicher Erziehung und Bildung als gesellschaftliche Aufgabe wird zunehmend erkannt. Dennoch wird sozialpädagogische Arbeit immer noch unterbewertet und zu schlecht bezahlt.

Hat sich an der Einschätzung dieser Arbeit seit dem 19. Jahrhundert nichts geändert, obwohl sie bis heute professionalisiert wurde?

Warum ergreifen so viele Frauen, aber wenige Männer den Erziehungsberuf?

Mit **Friedel Schreyögg**, ehem. Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München.

Dann wollen wir gemeinsam überlegen, was wir in der GEW tun können, um die Arbeitsbedingungen in den sozialpädagogischen Bereichen zu verbessern:

Norbert Hocke vom **Hauptvorstand der GEW** wird auf die Umsetzung der Ergebnisse aus dem letzten Tarifvertrag eingehen und erläutern, was besonders zu beachten ist.

Moni Hartl, zuständig für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der **GEW Bayern**, gibt Tipps, wie sich Ideen oder Forderungen in die GEW einbringen und Strukturen für die eigene Berufsgruppe schaffen lassen.

Wir sorgen für Getränke und einen Imbiss. Um besser planen zu können, bitten wir um Rückmeldung bis **12. Juli**: Tel.: 0 89-5 44 08 10, Fax: 0 89-5 38 94 87, E-Mail: sg@bayern.gew.de

a.i.d.a. e.V. freut sich über Unterstützung

Das a.i.d.a.-Archiv ist eine antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle mit Sitz in München. Sie sammelt Informationen über rechte Aktivitäten und Initiativen, Hintergrundartikel, Rezensionen und bietet ihr umfangreiches Wissen auf ihren Webseiten www.aida-archiv.de an. Ihre Erkenntnisse stellen die ehrenamtlich Aktiven des a.i.d.a.-Vereins allen zivilgesellschaftlichen Initiativen und politischen Parteien, die sich gegen rechts engagieren, zur Verfügung. a.i.d.a. ist parteipolitisch unabhängig. Jeden vierten Mittwoch im Monat sendet Radio a.i.d.a. jetzt auch zwischen 19.00 und 20.00 Uhr bei Radio Lora München auf 92,4.

Die Arbeit des Archivs wird von rechten Organisationen und Parteien immer wieder diffamiert. So auch am Freitag, dem 13.6., als a.i.d.a. im Kafe Marat in der Thalkirchnerstraße 104 von ihrer Arbeit berichten wollte. 75 Neonazis um die »Freien Nationalisten München« nahmen diese Veranstaltung zum Anlass, um unter dem Motto »Linksextreme

Strukturen erkennen! A.I.D.A.-Archiv verbieten!« zu demonstrieren. Laut Polizeiangaben protestierten etwa 400 Menschen gegen den Neonazi-Aufmarsch.

In der Veranstaltung selbst stellte a.i.d.a. unter anderem ihre neue Aktion vor. So wird am Kafe Marat ein Briefkasten angebracht, in den alle Bürgerinnen und Bürger rechte Schriften, Flugblätter und Aufkleber einwerfen können. Man kann das Material aber natürlich auch mit der Post schicken (Postfach 400 123, 80701 München). Dabei sollten sie nicht vergessen, den Fundort und den Tag des Fundes anzugeben, damit die Bewegungen rechter Kräfte nachvollzogen werden können. Außerdem bittet a.i.d.a. um Fördermitgliedschaften. Ein entsprechendes Formular zum Ausfüllen findet man auf den Webseiten www.aida-archiv.de.

Einmalige Spenden können eingezahlt werden bei:

Postbank München,
BLZ 700 100 80, Konto-Nr. 1540 40 802

Nürnberger KrippenKongress

Kinderkrippen – ja, und wie?

**10. bis 12. Juli 2008
im Studentenhaus Nürnberg**

Der Kongress wendet sich an pädagogische Fachkräfte, Träger, Politik, Eltern und alle Interessierten und bietet ein umfassendes und interessantes Programm mit zahlreichen ReferentInnen und vielen Workshops.

Der Kongress wird von SOKE Nürnberg organisiert in Kooperation mit anderen Organisationen, u. a. mit der GEW.

Das detaillierte Programm gibt es unter:
www.soke-elterninitiativen.de



Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen,
die im Juli und August Geburtstag feiern, ganz besonders

Rita Mannes, Neu-Ulm, zum **90**.

Marianne Walz, Neustadt, zum **88**.

Eberhard Kabitz, Oberstaußen, zum **87**.

Helmut Stock, Lauf, zum **85**.

Susanne Mächtlinger, Kulmbach, und
Klaus Zielke, Coburg, zum **84**.

Herwarth Stadler, Peißenberg, zum **83**.

Elfriede Bode, München, zum **81**.

Anton Sagerer, München, zum **80**.

Hans-Heinrich Hagen, Würzburg, und
Rüdiger Kuczius, Thurnau, zum **77**.

Dr. Rolf Eckart, München, zum **75**.

Joachim Schmolcke, München, zum **74**.

Ellen Amthor-Geltinger, Bayreuth,
Elisabeth Stehle, Giengen,

Erwin Dobner, Olching,

Hannes Henjes, Höchstadt, und

Walter Wittmann, Erlangen, zum **72**.

Rose-Marie Lamm, Höchberg,

Klaus Engelhardt, Grub,

Hans Parnickel, Stockheim,

Roland Rall, München, und

Hansjörg Schupp, Möttingen, zum **71**.

Ursula Euskirchen, Hersbruck,

Susanne Göpfert, Donaustauf,

Astrid Obermair, Regensburg,

Eva-Maria Ulrich, München,

Gert Freyberger, Passau,

Prof. Dr. Dr. h.c. Eduard Hertel, Bayreuth,

Günter Hörmann, Kulmbach, und

Kurt Niemann, Strullendorf, zum **70**.

sowie zum **65**.

Charlotte Engels, München,

Gisela Heidenreich, Hechendorf,

Vicky Heinrich, Pürgen,

Birgit Hesse-Kalafatis, Ingolstadt,

Irmgard Heuberger, München,

Regine Kirchmann-Schuster, Geltendorf,

Ursula Merkel-Strauß, Lindau,

Dorothee Rabenstein, Neu-Ulm,

Barbara Stössel, München,

Heinz Göbel, Diedorf,

Uwe Hauber, Treuchtlingen,

Eduard Hieke, Königsdorf,



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren
die Treue halten.

Im Juli und August gilt unser Dank ganz besonders

Herbert Hahner, Eching, für **40 Jahre**

sowie **Christiane Brüninghaus**, Johannesberg,

Margot Dauphin, Ingolstadt,

Hildegard Fischer, Frankfurt,

Brigitte Herndl, München,

Adelheid Köbele, Gauting,

Evelyn Lewandowski-Serve, Bamberg

Traudl Morck, Nürnberg,

Doris Schupp, Neuendorf,

Brigitte Sülzle-Wolf, Dachau,

Waltraut Wellenstein, Maisach-Gernlinden,

Herbert Gayer, Nürnberg,

Wilhelm Geier, Igensdorf,

Dr. Dietrich Grille, Erlangen,

Udo Käßmaier, Nürnberg,

Willi Kreppenhofer, München,

Bernd Moser, Kitzingen,

Georg Ober, Seeon, und

Gottlieb Schellhuber, Ingolstadt, für **35 Jahre**.

Dr. Harro Honolka, München,

Alfred Lachauer, München,

Siegfried Liedl, München,

Manfred Malter, Lichtenau,

Hans-Peter Roth, München,

Rufino Sanchez-Herrero, München,

Hans Schamberger, Bad Reichenhall,

Dr. Gerd Schneider, Fürstenfeldbruck,

Frank von Sicard, Traunreut,

Wolfgang Smetana, München,

Hans Sonnenholzer, Gauting,

Klaus Thaler, Nürnberg, und **Klaus Weiß**, München.

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr, Braunbierhaus gegenüber Stadtkirche Bayreuth, 19.00 Uhr Vorstands-Treff
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: j.d. 1. und 3. Mittwoch d. Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Hohe Schule, Goldknopfgasse, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im Juli 2008 erhält den LesePeter das Sachbuch

Hermann Vinke: Die DDR – Eine Dokumentation mit zahlreichen Biografien und Abbildungen
Ravensburg • Ravensburger • 2008 • 256 Seiten • 19,95 Euro • ab 12

Der Untertitel des Buches »Eine Dokumentation mit zahlreichen Biografien und Abbildungen« beschreibt dieses lebendig geschriebene Sachbuch über die ehemalige DDR sehr anschaulich. Vor allem jugendliche Leser macht das Buch mit der Wirklichkeit des ehemaligen zweiten deutschen Staates vertraut.